

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

57 (9.3.1914)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postkassentag 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postcheckkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalzerate billiger. Schluß d. Inzeratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Kraft zum Sieg.

Die Sozialdemokratie wächst, und sie wird weiterwachsen. Von den wenigen Sägen, die in der deutschen Politik zweifellos feststehen, ist das vielleicht der sicherste, am wenigsten angefochtene. Die einen sehen in diesem Wachstum die schlimmste Gefahr, andere glauben sich mit ihm zur Not abfinden zu können, für die dritten liegt darin die einzige, höchste Hoffnung, die ihnen dies arme Leben noch lebenswert erscheinen läßt. Aber über die Tatsache sind sie sich alle einig: Die Sozialdemokratie wächst und sie wird weiterwachsen.

Wir stehen am Anfang einer Woche, die der eifrigsten Arbeit für die Sache der Sozialdemokratie gewidmet sein soll. Wir erhoffen alle von ihr einen großen Erfolg. Aber selbst wenn dieser Erfolg hinter zu hochgepaunten Erwartungen des einen oder des andern zurückbleiben sollte, so würde darum doch kein aufmerksamer Beobachter unserer politischen Entwicklung in der Ueberzeugung wandern, daß die Sozialdemokratie weiter wachsen wird, weil sie weiter wachsen muß.

Unsere großen wissenschaftlichen Lehrmeister haben zu einer Zeit, in der kaum noch die Anfänge einer Arbeiterbewegung vorhanden waren, den theoretischen Beweis geführt, daß die Entwicklung unserer gesellschaftlichen Zustände zum Sozialismus drängt. Sie bewiesen die Notwendigkeit des Endziels. Seitdem ist der Wille zum Endziel in den Massen erwacht: erst in Hunderten und Tausenden, dann in Hunderttausenden, schließlich in Millionen. Eine Organisation wurde geschaffen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Erst war es ein kleines Häuflein, das auszog, um zu lehren, heute steht eine Armee da, die den Willen hat zu kämpfen. Heute gibt es nicht mehr, nur Ueberzeugungen zu verbreiten, sondern es gilt, Grundzüge zu verwirklichen.

Welche Grundzüge sind es, deren Verwirklichung die Sozialdemokratie anstrebt? Es sind die Grundzüge, die in der Masse des arbeitenden Volkes selbst aus dem Druck ihrer Not und aus der Erkenntnis ihres Menschentums erwachen sind. Keine Herren und keine Knechte mehr! Gleiches Recht, gleiche gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeit für alle! Kein schmaler Reichthum, keine hungernde Armut, sondern jedem, der gewillt ist, an dem Werk der Gesamtheit mitzuarbeiten, ein wohlgekaufter Anteil am Lebensglück!

Diese Grundzüge lassen sich nicht verwirklichen, solange die Arbeitsmittel, Grund und Boden, Fabriken, Geldkapital, im Besitz einer Minderheit sind, während die ungeheure Mehrheit genötigt ist, ihre Kraft gleich jeder anderen Ware auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen. Darum ist das Ziel der Sozialdemokratie die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz eines demokratisch geordneten Staatswesens: Volksherrschaft über die Volkswirtschaft.

Sozialismus und Demokratie sind nicht voneinander zu trennen. Beherrschung der Wirtschaft durch den Klassenstaat heißt schrankenlose Herrschaft der Besitzenden über die Besitzlosen. Das ist der Zustand, den die Gegner der Sozialdemokratie als Endziel andeuten. Man blide auf den preußischen Staat: seine Macht über die Wirtschaft ist gewaltig, aber er gebraucht sie nicht, um die Arbeiter zu befreien, sondern um sie zu unterdrücken.

Volksherrschaft aber ohne Beherrschung der Wirtschaft ist ein Scherzgriff ohne Klinge, ein Schein, hinter dem kein wirkliches Wesen steckt. Man blide auf das freie Amerika: dort sind die Multimillionäre die ungekrönten Könige der Gesellschaft.

Um ihr Ziel zu erreichen, muß die Sozialdemokratie die Macht des Staates über das wirtschaftliche Getriebe erweitern, den Staat selbst aber demokratisieren. Darum sucht die Sozialdemokratie allüberall die Gewalt der Gesetze gegenüber dem Kapital zu stärken, darum kämpft sie dafür, daß die Gesetze nicht von einer beschränkten Minderheit, sondern von einem politisch aufgearbeiteten, seine Interessen klar erkennenden Volke gemacht werden sollen.

Die Sozialdemokratie lebt in der wissenschaftlichen Ueberzeugung ihrer theoretischen Lehre, daß unsere gesamte wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung mit wachsender Schnelligkeit zu großen Entscheidungen drängt. Aber nie hat sie eine Minute des Wartens auf einen „großen Tag“ nutzlos verstreichen lassen. Sie kämpft nicht nur für die Zukunft des arbeitenden Volkes — sie lebt auch seine Gegenwart. Es gibt keine Forderung im Interesse der arbeitenden Massen, für die die Sozialdemokratie nicht einträte, es gibt kein Kulturstreben, das sie nicht hingebend unterstützt. Wo es gilt, ein bißchen mehr Lohn, etwas freie Zeit, ein Stück Arbeiterrecht oder Volksrecht zu erkämpfen, ist sie vornean. Sie hält nach besten Kräften der Arbeiterklasse den Weg zu gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Selbsthilfe offen. Sie hat die Brücke zwischen Arbeiterklasse und Wissenschaft geschlagen, sie ist nicht müde geworden, den Arbeitern zu sagen, daß ihre Befreiung nur ihr eigenes Werk sein kann, und

daß dieses Werk zu vollbringen ist durch geistige Kraft, sittliche Stärke, solidarischen Zusammenhalt.

Nicht für die Ziele ehrgieriger Führer, nicht für den Gewinn kapitalistischer Unternehmer kämpft sie, sondern sie kämpft für das, was sie selber ist: für die Masse der arbeitenden Menschen, aus der sie besteht. Diese Menschen sind gewiß ebensowenig wie andere frei von menschlichen Fehlern und Irrtümern — und doch ist das Ganze das sie bilden durch die Idee, die in ihm lebt, das Größte, was das Volk aus sich selber hervorgebracht hat. Verschwinde die Sozialdemokratie aus der Welt, so säwände mit ihr alle Hoffnung auf eine bessere Zukunft, und für Millionen würde alles Leben und Streben sinnlos.

Die Sozialdemokratie wird aber nicht verschwinden, sie wächst und sie wird weiterwachsen. Sie kämpft nicht mehr um ihre Existenz, sie ist stark genug, sich gegen alle Gegner zu behaupten. Soll sie aber nicht Selbstzweck sein, sondern Mittel zu dem großen Volkswort, den sie sich zum Ziel gesetzt, soll sie vollenden, was sie begonnen hat, so darf sie auch in ihrem Wachstum nicht stillstehen. Sie sucht, indem sie neue Mitkämpfer aus der Masse ihrer arbeitenden Brüder und Schwestern wirbt, nicht Mittel zur Selbsterhaltung, sondern die Kraft zum Sieg.

Gegen den staatlichen Gebärzwang.

Eine von zirka 3000 Personen besuchte Volksversammlung, die am Dienstagabend in einem der größten Versammlungssäle Berlins tagte, protestierte gegen den Erlaß eines Gesetzes, welches den Verkehr mit Mitteln, welche die Geburten beschränken, verhindern will.

Der erste Referent, Reichstagsabgeordneter Frey, beleuchtete den Initiativentwurf der bürgerlichen Parteien, der ein Gesetz der bezeichneten Art fordert. Der Redner führte aus: Wir protestieren gegen ein derartiges Gesetz, weil es in schmachvoller Weise in die persönlichen Verhältnisse eingreift und die polizeiliche Ueberwachung bis ins Schlafzimmer hineinrücken würde. Wir protestieren gegen ein solches Gesetz, weil es in der Praxis eine Ausnahmemaßregel gegen die Arbeiter sein wird, denn die Frauen der Besitzenden werden noch wie vor in der Lage sein, gerade soviel Kinder zu bekommen, wie sie haben wollen. Aber die Arbeiter werden sich in den Massen des Gesetzes fangen. Da der Antrag 200 Unterschriften trägt, also die Mehrheit des Reichstags für sich hat, so ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß wir ein solches Gesetz bekommen. Die sozialdemokratische Fraktion kann deshalb nur die Aufgabe haben, dem Gesetz die Giftzähne auszubrechen, die gefährlichsten Bestimmungen zu beseitigen. Große Aussicht haben wir auch in dieser Hinsicht nicht. In der Bekämpfung dieses Gesetzes stehen die Männer der Wissenschaft fast ausnahmslos auf unserer Seite. Um dem Geburtenrückgang Einhalt zu tun, sind ganz andere Wege zu beschreiten, als das Verbot antikonceptioneller Mittel. Dazu sind durchgreifende soziale Reformen notwendig, wie wir sie stets befürwortet, die bürgerlichen Parteien aber immer abgelehnt haben. (Lebhafter Beifall.)

Der zweite Referent, Dr. med. Silberstein, beleuchtete die Frage vom Standpunkt des Arztes. Der Geburtenrückgang — sagte er — ist nicht ein Zeichen von mangelndem Verantwortungsgefühl, sondern ein Beweis für ein starkes Verantwortungsgefühl gegenüber der Lebensgefährtin und dem Nachwuchs. Auch die Geschlechtskrankheiten wirken vermindert auf die Geburten ein. Es ist deshalb ganz verfehlt, wenn man die Mittel verbietet, welche geeignet sind, die Geburten zu vermindern, denn die meisten dieser Mittel schützen auch vor Ansteckung durch Geschlechtskrankheiten. Bekommen wir das uns drohende Gesetz, so wird die Gefahr der Volksvermehrung erheblich gesteigert und die kriminellen Aborte werden zunehmen. Das arbeitende Volk hat keine Veranlassung, unbeschränkt Kinder zu produzieren, damit sie auf dem Schlachtfelde der Arbeit und des Krieges niedergemäht werden. Wir können mit Professor Vaginski sagen: Will die Regierung einen größeren Kinderreichtum, dan soll sie die Steuern herabsetzen oder einen Teil der Kinder auf Staatskosten erziehen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Kuise Biez, die das dritte Referat hielt, wies an statistischem Zahlenmaterial nach, daß die schädlichen Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise, besonders die Frauenerwerbsarbeit, die Gesundheit von Mutter und Kind schädigen und in Verbindung mit allen sonstigen niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus den Geburtenrückgang verschulden. Mutter- und Säuglingschutz, weitgehende soziale Reformen sind die wirksamsten Mittel, dem Geburtenrückgang entgegenzutreten. Ganz ungeeignet ist zur Erreichung dieses Zweckes der Eingriff des Polizeibürokrats in die persönliche Freiheit. Unsere Reformvorschlüge können viel helfen. Doch erst die sozialistische Gesellschaft kann den Frauen die Möglichkeit bieten, Mutterglück in vollem Maße zu genießen. (Starker Beifall.)

Einstimmig wurde die nachstehende Resolution angenommen:

„Die Versammelten erheben den schärfsten Protest gegen den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung der Geburten. Sie sehen in dem geforderten Gesetz einen unerträglichen Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen, der sich zudem in der Praxis zu einer scharfen Klassenmaßregel gegen die Besitzlosen gestalten würde. Die geforderten Gesetzesbestimmungen werden keineswegs den Geburtenrückgang hemmen, wohl aber schwere gesundheitliche und moralische Gefahren für die Bevölkerung mit sich bringen.

Die Versammelten halten die Einschränkung des Geburtenrückganges nur für möglich durch weitgehende soziale Reformen, die geeignet sind, den materiellen und geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse zu erleichtern. Dazu gehören:

1. Ein gründlicher Ausbau des Arbeiterinnen-schutzes, insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit für Jugendliche und Frauen; Schutz vor dem Einfluß gewerblicher Gifte auf den Organismus der Arbeitenden; Schutz vor schädlichen Arbeitsmethoden und Arbeitsarten.
2. Weitgehende Erweiterung des gesetzlichen Schutzes und der Fürsorge für Mütter und Säuglinge.
3. Staatliche und kommunale Einrichtungen, die der arbeitenden Frau die Mutter- und Hausfrauenpflichten (Schulspeisung, Errichtung von kommunalen Kindergärten, Kinderhorten u. a. m.) erleichtern.
4. Verbilligung der Lebensmittel durch Abbau der Zölle und indirekten Steuern und Beschaffung von Lebensmitteln durch die Kommunen.
5. Wirksame Wohnungsreform.
6. Sicherung eines freien Koalitionsrechtes als Mittel zur Erreichung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen.
7. Ein demokratisches Wahlrecht für alle volljährigen Staatsbürger beider Geschlechter zu allen gesetzgebenden und öffentlichen Verwaltungskörperschaften als ein Mittel zu ihrer wirksamen Interessenvertretung.“

Aus dem Bericht der Fabrikinspektion.

V. (Schluß.)

Im Berichtsjahre kamen 32 tödtliche Unfälle zur Kenntnis des Aufsichtsamtes. Die Fälle sind noch immer zahlreich, daß Arbeiter schwer verletzt oder getödet werden, weil an den Maschinen die notwendigen Schutzvorrichtungen fehlen. Die im Jahre 1912 begonnene gewerbeteknische Inspektion der Gendarmerie über die bei Revisionen von Steinbrüchen, Steinhauereien und Gruben besonders zu beachtenden Vorschriften wurde in diesem Jahre zu Ende geführt. Die Gendarmen beteiligten sich rege an der an den Vortrag anknüpfenden Besprechung. Es wurden auch Fragen anderer Art, z. B. über Agethleanlagen, Benzinkanlagen usw. gestellt und erörtert.

Gesundheitsschädliche Einflüsse können vom Betriebsunternehmer sehr wohl ferngehalten werden, wenn er genügend Einsicht hat und im Interesse der Gesundheit der Arbeiter sich mit einer etwas geringeren Profitrate zufrieden gibt. Von Forzheim teilt der Bericht u. a. mit:

Eine vorzügliche Belüftungsanlage wurde in der Kettenfabrik Gebrüder Fehler in Forzheim von der Maschinenfabrik Sichtig u. Co., Karlsruhe-Meinheim, eingerichtet. In den Glühraum und den Dieselmotorraum wird angefeuchtete frische Luft eingeleitet und verteilt. Zugleich wird vor den Öffnungen der Glühöfen die Hitze und austretendes Gas nach oben abgesaugt. Die Luft in den beiden Räumen ist auch im Winter bei vollem Gang des Betriebes rein, eine belästigende Temperatur ist auch im Glühraum nicht wahrzunehmen. Auch die Gasabfuhrung über den Löt- und Trockenmaschinen ist einwandfrei.

Mit welcher Hartnäckigkeit einzelne Unternehmer den Aufträgen der Fabrikinspektion sich widersetzen, können die Arbeiter an dem hier mitgeteilten Vorfalle erkennen. Eine Lumpenfabrikiererei Mittelbadens hielt ihre mechanische Staubabsaugungsanlage trotz früherer Auflage nicht in Betrieb. Bei Beginn der Revision beauftragte der eine Betriebsunternehmer hinter dem Rücken des Beamten einen Arbeiter mit dem Inganggehen der offenbar schon lange ruhenden Anlage, hatte aber keinen Erfolg, und suchte sich schließlich mit allerhand nichtigen Ausflüchten, wie Rotor- und Riemenbefehl, vergeblich herauszureden. Die Firma erhielt eine nachdrückliche Verwarnung zugleich mit der Ankündigung, daß sie außer Bestrafung wegen Nichterfüllung der Auflage, die Entziehung der Erlaubnis zur Beschäftigung ihrer jugendlichen Sortiererinnen zu erwarten habe, wenn die Entstaubungsanlage nochmals außer Betrieb angetroffen wird. — Eine andere Lumpenfabrikiererei, die sich in wenigen Jahren aus kleinen Anfängen recht anscheinlich entwickelt, erhielt die Erstellung einer Staubabsaugungsanlage mit angemessener Frist zur Auflage. — Eine dritte Anstalt dieser Art erhielt neben anderen die Auflagen, ihren Arbeitern Handtücher und Seife zur Verfügung zu stellen und die Lüftung während der ganzen Dauer der Arbeit in Gang zu halten. Der Betriebsinhaber weigerte sich, die Auflagen zu erfüllen. Es erging daher ein richterlicher Strafbefehl in Höhe von 30 M. Der Einspruch wurde verworfen. Auch jetzt kam der Inhaber seiner Verpflichtung noch nicht nach, sondern wandte sich an das Bezirksamt mit der Bitte, ihm die Erfüllung der Auflagen zu erlassen. Das Gesuch wurde abgewiesen.

Die Arbeiter erwarten nicht alle Besserung von der verständigsten Einsicht der Unternehmer und von der Vorzüge der Behörde. Sie machen von sich aus geeignete Vorschläge über Hygiene im Arbeitsjaal. So hat die Zentralkommission der Maschinenfabrik Deutschlands (Verband der Deutschen Buchdrucker) in einer Druckschrift „Hygiene im Geht.“

Seite 4
Mk.
prels
145
189. 7485
RD
Schwarz Ischert, Billige Preise, gestattet, 25
Steinstraße 25
am Libellplatz
ch
rika
n 3973
rpen
19 000 tons
schrauben
n der
r Line
Schiffe.
Preise. =
erpflegung,
Wochentlich
a New-York
enstags
ston.
durch:
Antwerpen.
raebener,
uhe.
se 215.
enorm
billig.
rant . 15
nier . 38
35
30
16
35
24
120
von 8 M an.
ntente
asquelle in
erichtungen,
und gut.
Berner
13, 7583
riedrichstraße.
r!
dere
8632
he.
ert.
lich.

Deutsche Politik.

Die Duellfrage.

Die Budgetkommission des Reichstags hat ihren ohnehin schon schwachen Beschluß vom Donnerstag in ihrer Sitzung am Freitag noch erheblich vermindert. Während zunächst beschlossen war, den im ersten Abzug einstimmig, im zweiten Abzug mit 8 gegen 5 Stimmen angenommenen Antrag Gröber nur noch zu redigieren, kamen am Freitag die Abgg. Gröber und von Calker mit einem neuen Antrag, der sich im wesentlichen auf den ersten Abzug des angenommenen Antrages Gröber beschränkt und folgenden Wortlaut hat:

„Hat der Herausfordernde oder der Annehmende die Herausforderung oder hat in den Fällen der §§ 205-208 der Räter den Zweikampf verschuldet, so tritt anstelle der Festsetzung Gefängnisstrafe von gleicher Dauer. Neben der Pfängnisstrafe kann auf Verzicht der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Dieser Antrag gibt die obligatorische Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, wenn das freihafte Verschulden eine ehrlöse Handlungsweise darstellt, preis. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärten ihr Einverständnis mit dem Antrag Gröber-von Calker, der der einstimmigen Annahme und daher der Zustimmung der Regierung gewiß sei. Der Redner der Sozialdemokratie bedauerte diesen Rückschritt und beantragte die Ginzufügung der Absätze 2 und 3 des am Donnerstag abgelehnten sozialdemokratischen Antrages zu dem nationalliberal-zentrierten Antrag. Das wurde abgelehnt und der Antrag Gröber-von Calker in der oben mitgeteilten Fassung angenommen.

Die polizeiliche Ueberwachung der el.-lothr. Abgeordneten.

In der Sitzung des el.-lothr. Landtages vom Freitag wurden zuerst die in der vergangenen Woche zurückgestellten Positionen: der Etat des Statthalters und der Etat der Verwaltung des Innern, zur Debatte gestellt. Damals erklärte der Führer der Liberalen und der Führer der Zentrumspartei, daß sie erst noch einmal genau prüfen wollten, zu welchem Zwecke der Dispositionsfond des Statthalters verwendet werde.

Am Freitag bemerkte der liberale Wortführer, daß seine Forderung für den Dispositionsfond stimmen werde. Dasselbe erklärte auch der Zentrumredner. In der Abstimmung wurde der Dispositionsfond in Höhe von 100 000 Mark mit 27 gegen 13 Stimmen angenommen.

Es folgte dann eine Debatte über den Geheimpolizeifond in Höhe von 30 000 Mk. Hierzu bemerkte der Demokrat Drumm, daß Abgeordnete des Saules von der Polizei überwacht werden. Der Führer der Zentrumspartei, der Abg. Sauß, bestätigte diese Angaben und auch Genosse Emmel wandte sich gegen den Polizeifond und erklärte, daß ihn die Ueberwachung der Abgeordneten nicht mündere. Er beantragte, daß man diesen Fond streiche, denn die Argumentation der Regierung, daß er lediglich zur Entdeckung und Ergreifung von Verbrechern insbesondere zur Ueberwachung des internationalen Verbrechenums und des internationalen Mädchenhandels allein verwendet werde, entspreche nicht den Tatsachen. Der Regierungsvertreter bemerkte, daß ihm von der Ueberwachung der Abgeordneten nichts bekannt sei. Darauf erklärte der Abg. Sauß, daß er sogar selbst auf einer Reise nach Paris überwacht worden sei. Die Regierung versuchte, die Angelegenheit als ganz harmlos hinstellen und erklärte, daß es wohl lediglich untere Beamte seien, die zeigen wollten, daß sie sich in ihrem Dienste befinden. Der Fond wurde dann mit 26 gegen 13 Stimmen angenommen.

Polizeimaßnahmen gegen die „rote Woche“.

Jagow bemüht sich, mit als Erster der Anweisung der Regierung nachzukommen, die verlangt, daß die in der Agitation für die rote Woche veröffentlichten Plakate auf irgend eine geeignete Weise unterdrückt werden. In Berlin wurden am Freitag die Plakate besanktioniert, die zum Besuch der am Sonntag stattfindenden politischen Frauenversammlungen auffordern, und zwar unter dem wichtigen Vorwande, daß als Tagesordnung angegeben war: „Geraus mit dem Frauenwahlrecht!“

Der Einberufer, Genosse Eugen Ernst, hat sich sofort beschwerdeführend an den preussischen Minister des Innern gewandt und erucht, daß das Verbot des Polizeipräsidenten sofort aufgehoben wird, da es ungesetzlich ist.

Die Regierungsmassnahmen gegen die rote Woche hat die Sanktionierung der Scharfmacherblätter erhalten. Die „Kreuzzeitung“ bemerkt zu dem Verlangen der Regierung, die Plakate zu konfiszieren und die Aushänger zu bestrafen: „Jedenfalls würde das Vorgehen der Regierung, das sich auf § 9 des preussischen Pressegesetzes vom 12. Mai 1851 gründet, in allen staatsbehaltenden Kreisen mit Genugung und Dank begrüßt werden.“

Im Kampfe gegen die rote Woche darf der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nicht fehlen. Er hat ein Gegenflugblatt „Die rote Woche“ herausgegeben, in dem die Sozialdemokratie nach bekannter Motier herimtergeriffen wird.

Es ist gut, daß die Gegner mit helfen, die große Masse des Volkes aufzurütteln.

Regierung und Straßenbahner.

Ein Beitrag zur roten Woche.

Eine weitgehende Redheit erlaubte sich im Reichstage „das Reichsministerium für Sozialpolitik“ in Sachen des Arbeiterfluges für Straßenbahner. Gen. Dr. Quard-Frankfurt a. M. hatte zusammen mit dem Vorsitzenden des Transportarbeiterverbandes, Genossen Schumann, die „keine Anfrage“ gestellt, ob der Reichstanzler davon wisse, daß in Preußen eben unter gestillter Umgehung der Organisation der Straßenbahner, aber unter ausdrücklicher Zuziehung der Unternehmervereinigungen eine völlig ungenügende Neufassung der Dienstvorschriften für die Angestellten der elektrischen Straßenbahnen und Kleinbahnen erfolgt sei, und ob der Reichstanzler durch reichsgesetzliche Vorschriften, wie sie im Parlament schon mehrfach von fast allen Parteien verlangt worden sind, diesem Unfug ein Ende machen wolle, bei dem selbst im schlimmsten Großstadtvorkehr noch 10-11stündige „durchschnittliche“ Arbeitszeit bei „einfachen“ Verhältnissen sogar 15 bis 16stündige erlaubt bleiben soll. Diese richtunglose Regelung datiert schon seit 1906 und ist jetzt nur in geringfügigen Nebenpunkten abgeändert worden.

Nun schickte der Reichstanzler zu seiner und des Staatssekretärs des Innern Vertretung einen der einflussigsten Bureaukraten vor, den man im Reichsamt des Innern hat, den Ministerialdirektor Caspar, denselben, der eben auch die merkwürdige Rolle in der Sonntagsruhe-Kommission spielt. Dieser Herr aber antwortete, daß die Regelung der Straßenbahnerverhältnisse augenblicklich noch bei den Landesregierungen liege, und daß der Reichstanzler insofern nichts tun könne. Gerade von diesem unerträglichen Mißstande ging ja aber die Anfrage unterer Genossen aus; es brauchte ihnen nicht erst noch in so patziger Art bestätigt zu werden. Sie wollten wissen, ob das Reich nicht endlich der Rückständigkeit der landesgesetzlichen Regelung ein Ende machen und reichsgesetzliche, einheitliche Bestimmungen schaffen wolle, die der Einheitlichkeit der kapitalistischen Entwicklung auf diesem Gebiete entsprechen. Darauf, sowie auf die Frage nach der einseitigen Zuziehung der Unternehmer antwortete aber die Reichsregierung überhaupt nicht. Sie hielt die Straßenbahner für so einseitig und gleichgültig, daß sie ihnen dieses Uebergehen der Hauptfrage bieten zu können glaubte.

In der „roten Woche“ sollten alle unsere Freunde Gelegenheit nehmen, bei den geplagten Angestellten der städtischen Verkehrseinrichtungen mit dieser Regierungsgespinntheit neuesten Datums vorzusprechen und sie für die Werbung neuer Mitglieder und Helfer in den Kreisen der Angestellten kräftig auszunutzen.

Eine Kronprinzenreise auf Kosten der Steuerzahler.

Der Kronprinz hat die Absicht, in der nächsten Zeit eine Reise nach den deutschen Kolonien in Afrika zu unternehmen, um dort der Jagd nachzugehen und bei dieser Gelegenheit auch Land und Leute sich zu betrachten. Die nationalliberale Reichstagsfraktion wird nun im Reichstag den Antrag einbringen, aus Reichsmitteln 200 000 Mark für diese Reise zu bewilligen. Der Reichstag wird

„maschinensaal“ beachtenswerte und ohne unverhältnismäßige Kosten durchführbare Vorschläge über sanitäre Verbesserungen von Maschinenereien gemacht. Diese beziehen sich auf Standort der Maschine, das zur Kesselfüllung benützte Metall, die Lüftung des Saales — insbesondere die Abführung der Dampfe und Verbrennungsgase —, die Größe des Luftraumes. Sämtliche Vorschläge werden durch zahlreiche betriebstechnische Maßschläge ergänzt. — In einer größeren Zahl von Zigarrenfabriken wurde an Stelle des Petroleums Acetylen- oder elektrisches Licht eingeführt. Die Arbeiterchaft zieht das elektrische Licht allen anderen Beleuchtungsarten vor. In einem Landorte, in dem einige Fabriken bereits elektrisch infalliert waren, wurde der Gewerbeinspektor von der Arbeiterchaft dreier Fabriken gebeten, für Abschaffung des Petroleumlichtes und Einrichtung des elektrischen Lichtes zu sorgen, da das Petroleumlicht zur Arbeit nicht ausreichte und die Luft im Arbeitsraum bis zur Unverträglichkeit verschlechterte, besonders wenn die Dampfen, wie das meistens der Fall sei, nicht sachgemäß behandelt und gereinigt würden. Die Betriebsinhaber oder deren Vertreter versprachen baldige Abhilfe.

Eine Einrichtung, deren Nachahmung nur empfohlen werden kann, sind die städtischen Kleingärten, sogenannte Schrebergärten, in Mannheim. Die Stadt Mannheim verpachtet seit dem Jahre 1910 Kleingärten (Schrebergärten) zu billigen Preisen an Arbeiter und andere Viehhaber. Dieses Vorgehen ist sehr segensreich. Die Pächter besitzen wenigstens in der guten Jahreszeit neben ihrer Wohnung noch ein Fleckchen Erde, auf dem sie daheim sind. Der Aufenthalt in freier Luft und die Eigenbetätigung fördern die Gesundheit. Der Ertrag der Gärten an Gemüse und Obst bedeutet für die Inhaber der Gärten eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Kinder kommen von den gefährlichen Straßen weg. Die Verbindung mit der Natur fördert die Heranziehung eines in geistiger wie körperlicher Beziehung gesunden Geschlechts. Vom Erziehungsstandpunkt aus ist es besonders wichtig, daß in den Gärten auch die Kinder schon früh sich selbst betätigen können. Den Männern bietet die angenehme Beschäftigung Ertrag für den Wirtschaftsbetrieb. Die ganzen Bestrebungen bedeuten eine Veredelung der Beschäftigung in der arbeitsfreien Zeit.

Durch ausgiebige Dezentralisation der Kleingartengebiete ist dafür gesorgt, daß den Bewohnern aller Stadtteile, namentlich auch der Arbeiterabteile, die Annehmlichkeiten der Kleingärten zugute kommen. Die Nachfrage nach den Gärten ist sehr groß. Im ganzen besitzt die Stadt heute 1128 Kleingärten. Die Oberaufsicht steht dem Tiefbauamt zu. Der Pachtzins beträgt durchschnittlich 7 Pf. für 1 Quadratmeter und das Jahr. Die Einnahmen verzinsen das Anlagekapital. Die Pächter sind vorwiegend Arbeiter. Eine Anzahl Gärten sind der Armenkommission überlassen zur unentgeltlichen Abgabe an geeignete Arme, die auf diese Weise statt Bargeld ein Stück Land zur Bewirtschaftung erhalten.

Ein besonders abtendes Zeugnis wird der Arbeiterchaft Badens in dem Bericht ausgehellt mit der Feststellung, daß die Fräftige Wähligkeitsbewegung des letzten Jahres in die Kreise der arbeitenden Bevölkerung eine so ausgiebige Aufklärung hineingetragen hat, daß man von einem Alkoholimibbrauch in der badischen Arbeiterchaft nicht mehr sprechen kann; Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Auffällig erscheint die Zunahme des Biergenusses bei den Arbeiterinnen in der Fabrik. Besonders günstige Erfolge sind in der Bijouterieindustrie in Forstheim zu verzeichnen. Das Aufsichtsamt sieht sich zu der folgenden Anerkennung genötigt:

„Welch schöne Erfolge sich auf diesem Gebiete erzielen lassen, zeigt die Forstheimer Bijouterieindustrie, in der früher die Bierflaute eine große Rolle gespielt hatte. Vor einer Reihe von Jahren wurde bei einer Lohnbewegung unter Befehl der Nachmittagspause die Arbeitszeit vermindert; in die Bedingungen für Wiederaufnahme der Arbeit wurde der Sach aufgenommen: „Es ist verboten, in der Pause mehr geistige Getränke als ein viertel Liter Wein oder einen halben Liter Bier zu genießen.“ In überraschend kurzer Zeit stellten sich durch das verständnisvolle Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeiter die erwünschten Verhältnisse ein.“

Beigefügt ist dem Bericht der Fabrikinspektion noch ein hygienischer Sonderbericht, verfaßt von dem Obergenenarzt Dr. Gohmann. Aus dem Bericht des beamteten Arztes geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß in zahlreichen Industrien und Gewerben die Arbeiter und Arbeiterinnen unter Arbeitsmethoden und Einflüssen zu leiden haben, die ihrer Gesundheit zum Teil schweren Schaden bringen.

In einem zweiten Sonderbericht sind von dem Obergenenarztinspektor Kling die Verhältnisse in den badischen Eisengiebereien im Jahre 1913 zum Gegenstand der Untersuchung gemacht. Ein ausführliches Tabellenmaterial vervollständigt den in jeder Hinsicht zur Beurteilung der badischen Arbeiterverhältnisse interessanten und wertvollen Bericht der Fabrikinspektion.

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt. Humoreske von Heinrich Höffke. (Fortsetzung.)

Aber Suschen erfährt im Park das bevorstehende Unglück. Der Baron war außer sich vor Schmerz. „Nichts kann uns retten“, sagte er, „denn das schriftliche Verlangen einer Gemahlin liegt vor dem Gericht, die ihrem Gatten nur der Form willen vermählt ward, und auf Trennung von dem Manne beharrt, welcher der Mäurer ihrer Ehre geworden. Nichts rettet uns, o Liebe, o Einzige als dein eigener Widerruf. Die Not ist vorhanden; der entscheidende Tag da. Öffne der unerbittlichen Tante dein Herz. Sie wird menschlich empfinden. Du bist mein Weib, vor Gott und Menschen mein Weib — wer kann dich denn von dieser Brust hinwegreißen, wenn du selbst nicht loslassen willst?“

Suschen schlang beide Arme fest um den geliebten Freund und sagte: „Nein, ich verlasse dich nicht! Ich werde noch heut' mit der Tante reden; werde ihr betennen, daß ich dich liebe, daß ich den Prozeß erwünsche, daß ich ihn aufgehoben wissen will.“

„Ist das alles?“

„Was soll ich noch?“

„Suschen, du bist mein Weib! Sage der Tante, daß du als Gemahlin des Barons von Malzen in seinem Schlosse wohnen wollest — daß es deine Pflicht sei, nicht von ihm getrennt zu leben; daß es die Pflicht des Vaters sei, sein Kind zu ernähren und zu erziehen. Warum muß ich einsam leben, ohne dich und unsern Pompejus?“

Die Baronin verbarg ihr Gesicht an der Brust des Geliebten. Ach, was er forderte, hatte sie sich selbst noch nie sagen mögen. Sie hatte kaum Mut genug, es zu denken. Sie drückte ihm die Hand, und versprach mit der Tante zu reden.

„Ich will mit dir vor sie hintreten.“

„Nein, lieber, ich allein; aber begleitet vom Onkel.“

„Und wenn sie auf ihrem Willen beharrt? Wie dann Suschen?“

„Gott weiß es!“

„Morgen Abend empfang ich deine Antwort?“

„Gewiß.“

„Und wenn die Tante den Sinn nicht ändert, gibst du mir eigenhändig geschriebene deine Erklärung, daß der Scheidungsprozeß wider deinen Willen geführt worden sei?“

„Nein, aber die schriftliche Erklärung, vor dem Gericht gültig, daß ich mit meinem Gemahl verlobt sei, und von dem Verlangen der Scheidung abstehe.“

„Auch gut. Allein kannst du nach solcher Erklärung eine Stunde länger in Niederfahren verweilen, ohne deine Handschrift Rügen zu strafen? Wird die Welt nicht sagen: wenn sie mit ihrem Gemahl verlobt ist, warum wohnt sie getrennt von ihm, und nimmt nicht die Rechte der rechtmäßigen Gemahlin ein? — Suschen, morgen kommt mein Wagen zum Park; du bringst unsern Sohn mit dir. Von Malzen aus entschuldigst du bei der Tante deinen Schritt. Es ist kein Verbrechen. Wir sind feierlich vermählt. Die Tante wird anfangs vielleicht hürnen: der Oheim wird sie beruhigen.“

Suschen konnte nicht widerprechen. Es war zu große Verwirrung in ihr; auch seine Küsse waren glühender als sonst.

Rekter Kampf.

Suschen verließ die entscheidende Erklärung gegen die Tante bis zum folgenden Morgen; denn der Herr Pfarrer mußte erst belehrt und dann Zeuge sein.

„Kind machs kurz!“ sagte der Oheim: „die ganze Geschichte ist mir eine ärgerliche Boffe. Du bist des Barons Gemahlin; du willst nicht von ihm geschieden sein? Selah, Setze dich zu ihm in den Wagen, fahre mit ihm und deinem Kinde nach Malzen; dahin gehörst du. Tantchen Rosmarin kann dagegen nichts einwenden. Sie wird freilich argen Rärm machen; ich werde den ersten Sturm aushalten, dann wird wieder gutes Wetter.“

Suschen und der Herr Pfarrer traten also vor die Tante, beide mit dem besten Willen recht herzhaft zu reden.

Aber wie nun Tantchen in ihrer gewöhnlichen Tantenmajestät vor ihnen saß, verloren beide den Mut. Der Herr Pfarrer schnupfte eine Pfeife um die andere; Suschen spielte mit einer Blume zwischen ihren Fingern.

„Nieb, bestes Tantchen“, fing endlich die Baronin an, und ward ganz blaß, „ich habe Ihnen etwas zu sagen, aber werden Sie nicht böse. Der Prozeß ist mir zuwider. Ich will des Barons Gemahlin bleiben.“

Tantchen Rosmarin verfarbte sich und starrte Suschen lange an: „Was ist dir?“

„Es ist ihr ganzer Ernst“, sagte der Herr Pfarrer, „und ich dachte auch, Tantchen, es wäre das beste Ende vom Liede.“

„So? Dich, mich, uns alle vor der Welt an den Pranger zu stellen? War das dein Sinn, warum fingst du den Prozeß an, Suschen?“

„Ich wars ja nicht, die ihn begonnen hat, bestes Tantchen.“

„Du hast doch die Scheidungsklage unterschrieben.“

„Weil ich den Baron damals nicht kannte.“

„Gutes Kind, du bildest dir also ein, diesen Menschen jetzt zu kennen?“

„Er liebt mich.“

„Das glaubst du im Ernst?“

„Ich schätze ihn sehr — und er ist ja mein Mann.“

„Dein gewesener, liebes Kind, dein gewesener! — Ich weiß zwar nicht, was deinen Sinn so schnell umgeändert haben mag; aber wenn du Grundstabe, Anstand und Ehre wirklich mit Füßen treten wollest, es wäre zum Glück für den Namen unseres Hauses zu spät. Vermutlich ist die Scheidung schon vom Gericht erkannt; ich hatte darüber gestern sehr befriedigende Berichte von Herrn Kurzbein.“

„Nein, Tantchen, ich habe noch Zeit zum Widerruf. Ich erkläre meine Aussöhnung mit dem Baron. Ich liebe ihn — ich kann nur mit dem Vater meines Sohnes glücklich sein.“

(Fortsetzung folgt.)

hoffentlich dem nationalliberalen Antrag die Zustimmung verweigern, denn es liegt nicht der mindeste Grund vor, die Kosten einer Reise des Kronprinzen aus den Mitteln der Steuerzahler zu bestreiten. Der Kronprinz wird für diese Reise ein Kriegsschiff benutzen, jedoch er einen Teil der Reise ohnehin auf Reichskosten macht und es ist bezeichnend für die Liebedienerei der Nationalliberalen, daß sie dem Kronprinzen sogar auch den anderen Teil der Reisekosten abnehmen und ihn den Steuerzahlern aufbürden wollen.

Der empfindliche Kronprinz.

Vor derselben Berliner Strafkammer, die am Donnerstag den Schriftsteller Hans Reuß wegen angeblicher Beleidigung des Kronprinzen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt hat, hat sich am Samstag Genosse Meyer als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“ zu verantworten. Unter Anklage gestellt ist eine im „Vorwärts“ veröffentlichte Satire, die sich mit der Person des Kronprinzen beschäftigt. Auch gegen den Herausgeber des „Freien Weg“ wird demnächst wegen Beleidigung des Kronprinzen verhandelt.

Hans Reuß hat gegen seine Verurteilung die Revision beim Reichsgericht anmelden lassen.

Badische Politik.

Auf die armen Nationalliberalen

wird gegenwärtig wegen ihres Umfalles in der badischen Landtagswahlfrage von links und rechts sowohl wie aus der nationalliberalen Partei eingesehen. Mehr kann man nicht verlangen. Das „Leipziger Tageblatt“, das sonst gut auf Herrn Reumann zu sprechen ist, schreibt:

Wir müssen sagen: das geht auf die Nerven! Zwar ist es schon lange bekannt, daß der „süddeutsche Zusammenschluß“ betrieben wird. (1) Auch weiß man, wie geschickt Herr von Hertling sich dieser Sache annahm und wie sehr er es verstand, die badische Staatspolitik zu Ansehen zu bringen. Wir haben uns öfter darüber ausgesprochen. Aber nur mit dem größten Widerstand verzeichnen wir die Tatsache, daß Herr Hofrat Reumann, der Führer der badischen Jungliberalen, bei dieser Gelegenheit die Zustimmung seiner Freunde mit dem Hinweis auf den Thronwechsel in Bayern und auf die Bedeutung der badischen Residenz als „Zentrum politischer und wirtschaftlicher Fragen“ begründet. Doch das konnte vielleicht noch hingehen als Ausdruck freundschaftlicher Hochachtung, und — irgend etwas mußte ja zur Veränderung der veränderten Haltung der nationalliberalen Landtagsfraktion gesagt werden. Allein Herr Abg. Reumann ging gründlicher vor. Er spricht von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Bundesstaaten wegen der bedrohlichen Finanzlage. Er nimmt also das Stichwort auf, das in Dresden ausgegeben wurde und das erst letzte Tage in der badischen Zweiten Kammer so lebhaft Auseinandersetzungen veranlaßte. Doch die sächsische Regierung konnte sich auf die Ablehnung der Reichsvermögenswachstumssteuer im Bundesrat berufen. Die badische Regierung aber hat zugestimmt. Während in der Zweiten sächsischen Kammer die nationalliberale Fraktion mit Entschiedenheit den Standpunkt vertrat, daß das Reich nach Lage der Dinge auf die Vermögenswachstumssteuer angewiesen war, von einem wirklichen Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten aber keine Rede sein könne und deshalb die nachträgliche Aufhebung nicht im Reichsinteresse liege, kommt nun der süddeutsche liberale Führer und zieht zur Begründung eines Umfalles seiner Freunde in einer nachdrücklich nicht allzu bedeutenden Sache dieselben Argumente auf, die der konservativen Partei so genehm sind, der Partei der Reichsgründung aber so schlecht wie möglich unlieb. Und noch nicht genug! Die Geschichte vom Teufel und Beelzebub fehlte noch. Weil der preussische Partikularismus ins Kraut sproßt, ist Herr Geh. Hofrat Reumann der

Kleines feuilleton.

Zur Folge der deutschen Einheitskurzschrift. Mit der Gestaltung einer deutschen Einheitskurzschrift, um deren Schaffung zurzeit der Reichsamt des Innern berufenen Sachverständigenausschuss aus Vertretern der einzelnen Stenographenschulen bemüht ist, hat sich in den letzten Tagen auch das Stenographenbüro der Badischen Zweiten Kammer befaßt. Dabei hat Stenograph Herr Ernst Frey, der selbst dem Sachverständigenausschuss angehört, eine Skizzenreihe in drei Variationen vorgelegt, in der das einer Einigung bisher am meisten entgegenstehende Hindernis, die Regelung der Abkürzungen in einer Weise gelöst ist, die nach Ansicht des Sachverständigenausschusses und Stenographen bestehende Kammerbeschlüsse eine brauchbare Grundlage für eine Einheitskurzschrift abgeben könnte. Aufgabe des Sachverständigenausschusses, dem das Büro eine entsprechende Entschliebung überhand hat, wird es natürlich sein, den Freyschen Entwurf näher zu prüfen. Nebenbei freilich zu hoffen, daß die so dringend erwünschte Einigung auf stenographischem Gebiete damit wieder einen Schritt vorwärts gebracht wird.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

- Montag, 9. März. A. 43. „Der verlorene Sohn“, Legendenspiel in 3 Akten von Schmidtborn. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr.
- Dienstag, 10. März. B. 43. „Der Barbier von Bagdad“, Kom. Oper in 2 Akten von Cornelius. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 10 1/2 Uhr.
- Mittwoch, 11. März. 4. Sinfoniekonzert des Hoforchesters. Solist: Fritz Probersen, Kgl. Kammerorganist von München unter Mitwirkung von Therese Müller-Weidel. Programm: Zum erstenmal Sinfonie Nr. 4 G-dur von Mahler; zum erstenmal: Vier Gesänge für Bariton mit Orchester von Werlioz; Sinfonie Nr. 5 G-moll von Beethoven. Anfang 8 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr.
- Donnerstag, 12. März. C. 43. „Der Hühner“ Kom. in 3 Akten von Repton, neu bearbeitet von Brindl, Musik von Benzler-Müller. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr.
- Freitag, 13. März. A. 44. Zum erstenmal: „Rosenkranz“, Operette in 3 Akten von Leo Stein, Musik von Oscar Edelbal. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 11 1/2 Uhr.
- Samstag, 14. März. B. 44. „Der Mann“, das Spiel vom Streben des reichen Mannes, erneuert von Eugen Hoffmannshaus. Anfang 8 Uhr, Ende nach 10 1/2 Uhr.
- Sonntag, 15. März. A. 45. „Die Weiserfinger von Nürnberg“ in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende 10 Uhr.
- Montag, 16. März. C. 44. Neueinstudiert: „Viel Lärm um Nichts“, Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.
- Mittwoch, 11. März. 23. Abonn.-Konz. „Wallensteins Tod“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 11 1/2 Uhr.

In Baden-Waden:

Montag, 23. Abonn.-Konz. „Wallensteins Tod“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 11 1/2 Uhr.

Meinung, es müsse diesem preussischen Partikularismus ein echt badischer „entgegengestellt“ werden. Auch aus diesem Grunde braucht also Baden den Gesandten in München. Es ist schwer, keine Satire zu schreiben. Wieder und wieder haben wir die Worte des Drahtheilichs nachgelesen, weil wir an einen Irrtum glaubten; aber selbst wenn noch eine besondere Rechtfertigung des Auftretens des Herrn Reumann nachkommt — an dem über die Mahlen betäubenden Vorgang wird schließlich etwas gutzumachen sein. Demnächst tritt der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei in Berlin zusammen. Er muß ein deutliches Wort sprechen.

„Freund etwas mußte ja zur Begründung der veränderten Haltung der nationalliberalen Landtagsfraktion gesagt werden“!

Treffend bemerkt dazu der „Bad. Beobachter“: „Das ist wirklich der springende Punkt. Wenn es früher gerechtfertigt war, die Mittel für die Münchener Gesandtschaft abzulehnen, so war es auch jetzt gerechtfertigt. Und umgekehrt: wenn die Nationalliberalen unter Reumanns Führung jetzt diese Mittel bewilligten, so mußten sie dieselben auch früher bewilligen. Man konnte Reumann nicht wohl zumuten, in aller Offenheit zu bekennen: Wir haben die Mittel abgelehnt, weil wir glaubt haben, die und die Rücksicht nehmen zu müssen. Jetzt aber bewilligen wir die Mittel, weil wir glauben, die und die Rücksichten nach anderen Seiten hin nehmen zu müssen. Er seinerseits kann aber anderen Leuten nicht zumuten, daß sie die von ihm geltend gemachten angeblichen Gründe ihm glauben.“

Herr Reumann kann sich beruhigen. Die vorgebrachten „neuen Gründe“ glaubt ihm kein Mensch, am allerwenigsten wir.

Zur Wahl Dietrichs als Oberbürgermeister von Konstanz wird der „Straßburger Post“ geschrieben: „Der zum Oberbürgermeister von Konstanz gewählte Bürgermeister Dietrich von Nehl wird sein neues Amt Mitte April antreten. Um sich ausschließlich seinen neuen Wirkungskreis widmen zu können, beabsichtigt er, aus dem parlamentarischen Leben auszuscheiden.“

Als sein Nachfolger für das Kehler Landtagsmandat wird bereits Stadtrat Kölsch-Karlsruhe genannt. Den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wird von ihrem badischen Mitarbeiter geschrieben: „Durch die Wahl des Kehler Bürgermeisters Dr. Dietrich zum Oberbürgermeister von Konstanz wird über kurz oder lang das Kehler Landtagsmandat frei werden. Es ist anzunehmen, daß die nationalliberale Partei hier den Stadtrat Kölsch von Karlsruhe, der im Ganauerland eine bekannte und beliebte Persönlichkeit geworden ist, unterbringt. Im Landtag wird Kölsch, eine frische, unbenutzte Kraft, voll Urwürdigkeit, ein Kenner der gewerblichen, kaufmännischen Interessen, seinen Mann so gut stellen wie im Reichstag.“

Sehe gegen Minister Böhm.

Im „Badischen Beobachter“ wird die Sehe gegen den Kultusminister Böhm wegen seiner Stellungnahme in der Frage der Anstellung Geistlicher im Schuldienst fortgesetzt. U. a. schreibt das Blatt:

„Eine solche Maßnahme, welche nur die katholische Geistlichkeit trifft, während sie die protestantische und jüdische und selbst die Vertreter des Freidenkertums unberührt läßt, ist eine so flagrant Verletzung der Parität, eine so empörende Verachtlichung des überwiegenden Bevölkerungsanteils des Landes, ein direkter Faustschlag ins Gesicht der Katholiken, daß er unmöglich hingenommen werden kann und unsere berufenen Vertreter im Parlament zu den schärfsten Abwehrmaßnahmen gegen eine solch ungeheuerliche Verordnungs- und ihren Urheber veranlassen muß. Derartige hat man noch in keinem anderen Staate Deutschlands dem katholischen Volksteil zu bieten gewagt. Werden wir Katholiken in Baden alles ruhig hinnehmen dürfen?“

Man darf füglich neugierig sein, welche Abwehrmaßnahmen die Schwarzten gegen die Regierung treffen. Vielleicht lehnen sie gar das Budget ab. Uebrigens heißt der „Beobachter“ der katholischen Volksseele mit gefälltem Material ein. Das Blatt hält nämlich nach wie vor die verlogene Behauptung aufrecht, daß es sich bei dem Grundriß, den der Minister aufgestellt hat, um eine Ausnahmebehandlung der katholischen Geistlichen handle. Es gehört dazu wahrlich eine etwas reichlich bemessene Portion Courage, nachdem der Minister selbst seinerzeit festgestellt hat, daß dieselben Forderungen, die an die katholischen Geistlichen erhoben werden, auch an die protestantischen wie auch an die jüdischen gestellt werden, und diese auch von jeher der Forderung nachkommen, während die Kurie davon nicht ablassen will, daß ihre Geistlichen nach wie vor der kirchlichen Jurisdiktion unterstellt bleiben sollen.

Der paßt die Wehrsteuer.

Aus Billingen wird der Freiburger „Volkswohler“ geschrieben: Ein hiesiger Mieter erhielt von seinem Hauspächter folgendes Schreiben:

„Infolge Erhöhung des Zinses, der Umlagen und Staatssteuern sowie der Wehrsteuer bin ich gezwungen, Ihnen mit der Miete pro Monat um drei Mark aufzuschlagen.“

Ohne jede bezugerte Dreingabe wird hier dem Mieter die bittere Bille, die ihm jährlich 36 Mk. Mehraufgaben verursacht, verabsolgt und ohne jede Schänferei wird hier dem Mieter klipp und klar auseinandergesetzt, daß er alle dem Hausbesitzer erwachsenden Unkosten durch Bezahlung höherer Mietpreise zu decken habe. Insofern ist das vorstehende Schreiben ein klassisches Dokument zur Kennzeichnung des Geldreis von den unerträglichen Lasten der Hausbesitzer. Im vorstehenden Fall handelt es sich um einen Hauspächter, der über etwa 50 Mieter zu verfügen hat, die nun alle einen Mietaufschlag von 2-6 Mk. pro Monat in Kauf nehmen sollen. Das ergibt im Jahre eine Summe von 2000-3600 Mk., also zweifellos weit mehr als der Vermieter durch die in der Begründung angeführten Mehrbelastungen zu tragen hat. Die Folge solcher Mietspreissteigerungen ist natürlich, daß die ärmeren Bevölkerungsschichten immer mehr in jene ungelunden Köcher gedrängt werden, die den Namen Wohnung nicht verdienen.

Als Kuriosum sei noch angeführt, daß unter den etwa 50 Mietern im erwähnten Falle sich auch ein Steuerbeamter befindet, der, wie man uns mitteilt, von der Mietspreissteigerung verschont blieb. Das ist, wenn es zutrifft, merkwürdig, sehr merkwürdig.

* Beleidigungsklage. Die Engener Schöffengerichtssitzung, in der Amtsrichter Strauß wegen Beleidigung des Regierungsdirektors Frank zu 50 Mk. Strafe verurteilt wurde, hatte am 8. März ein Nachspiel, in dem Amtsrichter Strauß als Kläger gegen den Redakteur der liberalen Zeitung in Engen C. E. L. in und die Tochter des Sonnenwirts K. L. in wegen Beleidigung auftrat. Eckerlin, der die Äußerungen Straußs glossiert hatte, wurde zu 100 Mk. Strafe verurteilt, da von vier angeführten Äußerungen nur 3 bewiesen wurden. Präulein Kleiner, die Straußs Äußerungen verbreitet haben sollte, wurde mit 10 Mk. bestraft. Die Begründung sagt, Straußs Äußerungen seien eine grobe Taktlosigkeit, aber sie seien nach reichlichem Alkoholgenuß in geschlossener Zentrumsversammlung gefallen. Der Redakteur hätte sich nach diesen Verhältnissen erkundigen sollen und Präulein Kleiner hätte als Witwenstochter die Äußerungen für sich behalten können; sie habe sie jedoch nicht „verbreitet“. Sie hat nur auf Erkundigung des Oberförsters Keller diesem die Äußerungen Straußs wiederholt, weil er es im Interesse der Staatsbeamten verlangte. Es wird Berufung eingelegt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. März.

Am Bundesratsitz ist Staatssekretär Dr. Solz erschienen. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Es beginnt die zweite Beratung des Etats des Reichs-Kolonialamtes.

Abg. Dittmann (Soz.):

Eine Ursache zur Feiertimmung besteht nicht. Zwar ist unter der Ära Dernburg unter unjener Mitwirkung manches besser geworden, aber das Grundübel der kapitalistischen Ausbeutung kann ja nicht beseitigt werden. Die Perspektive des Aussterbens der Eingeborenen in unseren Kolonien bereitet den Bankrott aller Kolonialpolitik vor. Diese Erkenntnis bricht sich zwar Bahn, aber man arbeitet ihr bekuht entgegen. Es ist ein Schwindel, daß unsere Kolonien Siedlungsgebiete sein könnten, daß ein zweites Deutschland im fernen Afrika heranzüchse. Alle Kolonien, selbst die günstigsten, werden niemals instande sein, ein zweites Deutschland über See zu sein; auch nicht einmal eine nennenswerte Anzahl deutscher Siedler werden sie aufnehmen können. Die „Frankfurter Zeitung“ brachte aus Südafrika einen interessanten Artikel über das Land, in dem es heißt, es sei eine verkehrte Anschauung, daß es eine Ansetzungsstation sei. Demgegenüber aber müsse ohne Scheu und Voreingenommenheit festgestellt werden, daß eine stärkere Besiedlung nicht unmöglich sei, daß aber bestenfalls 5000 bis 6000 Deutsche dort untergebracht werden könnten. Andere, günstigere Siedlungen lauten auf 10000 bis 12000 Siedler. Ein Siedler braucht rund 10000 Hektar Land, um günstig arbeiten zu können. Allerdings hat Herr v. Lindemann auch Ostafrika für ein Siedlungsgebiet erklärt, aber zwei Gouverneure der Kolonie haben dem widersprochen. Die Ansiedlung ist auch entsprechend schlecht in unseren Kolonien. In allem zusammen wären es etwa über 2400 Weiße. Dabei sind die Kolonien 5/6 mal so groß als Deutschland. Deutschlands Kraft beruht darauf, daß es seinen Bevölkerungszuwachs im Lande behalten kann. Eine Massenabwanderung in die deutschen Kolonien würde ja Deutschland sogar schwächen. Aber

Unsere Kolonien sind keine Siedlungskolonien!

und wir haben auch keine Menschen dafür. Wir brauchen ja doch noch ausländische Arbeitskräfte in unserer Volkswirtschaft. Auffallend ist die hohe persönliche Dienerschaft der Weißen. Die Weißen bleiben nicht lange im Lande. Sie haben kein Interesse an der Hebung der produktiven Kraft des Landes, sie wollen nur möglichst rasch und viel Geld erraffen, daher der häufige Besitzwechsel. Nur kleine Kapitalisten mit 10-12000 Mark eigenem Besitz können drauhen florieren. Deutschlands Handel mit seinen sämtlichen Kolonien ist gegenüber dem Gesamthandel des Reiches so verschwindend gering, daß davon gar nicht die Rede sein kann. Die Kolonialschwärmer können das doch nicht leugnen. Dazu kommt, daß die auf den Kautschukgewinn gestellte Plantagenbewirtschaftung einzelner Kolonien durch den ostafrikanisch-malaysischen Kautschuk in Frage gestellt werde. Die Kautschukpreise sollte doch eine Warnung sein, denn was heute mit dem Kautschuk geschieht, kann morgen mit Baumwolle und anderen Dingen geschehen. Eine nennenswerte Rohstofflieferung aus den Kolonien ist ausgeschlossen, und selbst, wenn es so wäre, sind die Kolonien doch Deutschland gegenüber Jollausland. Die Agrarier wünschen ja zum Beispiel gar keine Fleischzufuhr nach unserer Heimat. Die Farmer werden aber auch ihre Produkte dort absetzen, wo sie sie am schnellsten und besten los werden. Auch der Export nach den Kolonien liegt nicht im Interesse der heimischen Arbeiterfreise, die an der Ausdehnung des inneren Marktes und an dem Export nach entwickelten Ländern interessiert sind. Nicht Kolonialpolitik, sondern Sozialpolitik größten Stiles liegt in dem Arbeiterinteresse. Dabei erfordern unsere Kolonien beträchtliche Opfer, die in der Hauptsache die Arbeiter bezahlen müssen. Auch herrscht in den Kolonien die schrecklichste Ausbeutung der Eingeborenen. Alle Maßnahmen der Verwaltung, insbesondere die Wohnbauten, dienen der Förderung kapitalistischer Interessen. Die Wirkung dieser Ausbeutung der Eingeborenen ist fürchterlich. Wie ein Vampyr saugt der Kapitalismus auf dem Eingeborenen und saugt ihm das Blut aus. Abschreckende Beispiele für die Eingeborenen-ausbeutung werden selbst von den bürgerlichen Parteien jetzt immer mehr ans Tageslicht gebracht. Krellerei um den Lohn ist die Regel auf den Plantagen. Selbst in der amtlichen Denkschrift entdecken wir Spuren einer solchen Gauererei.

Der schwarze Arbeiter ist vollständig rechtslos.

Es ist eine Abscheu, daß der Schwarze einen freien Arbeitsvertrag abschließen. Der Eingeborene gilt aber nicht als Mensch in den Kolonien. Der Lohn reicht absolut nicht aus. In dem Geschäftsbericht der Ostafrika-Kompagnie finden wir Beispiele für die schamlose Arbeiterausbeutung. Dabei laufen natürlich die Arbeiter davon, werden eingekauft, gezwungen und wieder zur Arbeit gezwungen. Eine schlimmere Sklaverei, als sie jetzt unter deutscher Herrschaft herrscht, hat es niemals gegeben. Man fängt die Vorübergehenden ein und schleppt sie an Striden um den Hals zur Arbeit und nennt das freie Arbeitsverträge. Die Regier laufen davon, wenn sie die Unverderbten auch nur kommen sehen. Ihre eigene Wirtschaft bleibt liegen. Die Leute hungern und bekommen Krankheiten. Die Familien und Stämme sterben aus. Die Seuchen wüten ungeheuer. Die Sterblichkeit ist oft 20 Prozent. Lesen Sie doch die Missionsbriefe über diese Frage, in denen für bestimmte Gebiete ein Verbot der Anwerbung verlangt wird, damit die Gebiete nicht aussterben. Das ist eine notwendige Folge unserer bisherigen Kolonialpolitik, die die Eingeborenenwirtschaft außer acht läßt. Die dringende Forderung ist: keine neuen Plantagen mehr. Der unser Antrag ist in der drückendsten Weise von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck Parteien dieses Hauses gegenüber.) Nur wenn keine neuen Plantagen mehr zugelassen werden, wird eine radikale Umkehr möglich sein, wird die Eigenhaft der Eingeborenen gefördert werden können. Unsere Kolonialpolitik mutet an wie ein Stück aus dem Tollhause. (Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Wir fangen immer am verkehrten Ende an. Hygiene, Bahnen und alles andere könnte zweckdienlich sein, wenn man nicht zugleich einen Schwarm rücksichtsloser Ausbeu-

ter auf die Eingeborenen losstehe. Die privatkapitalistische Ausbeutung ist die Wurzel des Übels. Arbeiten in unserem Sinne können die Eingeborenen nicht. Zwingt man sie dazu, so vernichtet man sie. Man kann nicht Jahrhunderte von Kulturen überspringen wollen. Dagegen ist der Sprung über den Klimadichthar ein Räspung. (Gelächter.) Alle Resolutionen müssen nicht, das ist Papierarbeit, nur an Ort und Stelle kann gebessert werden. Für den Staatssekretär gilt das Wort: Der Himmel ist hoch und der Zar ist weit. Das Ansehen des Reiches gebietet dringend die

Abschaffung der Hausflaverei für Ostafrika.
 Dadurch werden die Aufstandsgesahren verringert werden. Das Ruandagebiet, das reichste und dichtbevölkertste, soll durch den Bahnbau jetzt seiner Selbstständigkeit beraubt werden. Das ist Unsinn. Man wird dadurch nur den blühenden Zustand dieses Landes vernichten. Kopfsteuern sind ein Vorbote der Geldwirtschaft. Man proletariert die Neger. Die werden sich das aber nicht so einfach gefallen lassen. Kommt es zum Aufstande, so werden die Heretiker in Südwestafrika ein Kinderpiel gegen das neue Nordens sein. Es handelt sich nicht um 80 000, sondern um 3/4 Millionen Menschen! Man kann ebenso gut vom Dornbusch verlangen, daß er Geigen trägt, wie vom kapitalistischen Staat, daß er keine ausbeuterische Kolonialpolitik treibt. Wir wünschen Anschluß der Länder an die Kultur, aber unter Ausschluß des Profitinteresses. So lange das nicht geschieht, lehnen wir die Mitverantwortung ab. Versuche in Togo und Samoa mit der Eingeborenen selbstständigkeit waren glänzend. Den Ertrag der Arbeit wollen wir den Eingeborenen selber zukommen lassen. Wir wollen damit ihren Wohlstand heben und auf den Grundlagen ihres materiellen Wohlergehens wollen wir sie auch geistig höher heben. Als freie Bauern und selbständige Gewerbetreibende sollen sie dann mit uns in Verbindung treten. Die Kolonialpolitik, die schlecht betrieben wird, widerspricht diesem Grundsatz aufs schärfste und deshalb lehnen wir sie ab. Das hindert uns aber nicht, schon jetzt für die Verbesserung der Lage der Eingeborenen einzutreten und wir stimmen deshalb für die Resolution der Budgetkommission. Der kapitalistischen Ausbeutung müssen aber Schranken gesetzt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Zentr.): Wir unterstützen nur eine christliche, nationale und soziale Kolonialpolitik. Daß die deutsche Kolonialpolitik immer auf dem rechten Weg gewesen ist, läßt sich leider nicht behaupten. Leider hat der Abg. Wittmann in so vielen Reden. Aber man darf auch die Lichtseiten unserer Kolonialpolitik nicht übersehen. Wir stehen am Schluß eines friedlich verlaufenen Jahres in unseren Kolonien. Eine Periode der Ruhe muß mit allem Nachdruck gefördert werden. Daß das deutsche Kapital in den Kolonien immer größeren Einfluß gewinnt, ist für den deutschen Handel und nicht zuletzt für den deutschen Arbeiter von größter Bedeutung. Ein wirtschaftlicher Aufschwung in unseren Kolonien kann nicht gelangt werden. Die Erreichung des Tanganica-Sees ist ein Meisterwerk der deutschen Technik. Anguerkennen ist auch die relativ günstige Entwicklung der Kolonien. Die Klagen über Arbeitermangel auf den Plantagen werden immer größer. Die Sterblichkeit auf den Plantagen wächst in erschreckendem Maße. Teilweise ist der vierte Teil der ganzen Arbeiterschaft dahingestorben (Sdrt, lört!) Welche Garantien kann der Staatssekretär für den Erfolg seiner diesbezüglichen Anordnungen geben? Soweit aber darf man nicht gehen, daß grundsätzlich sämtliche Neugründungen von Plantagen verboten werden. Doch muß die Hausflaverei in Ostafrika aufgehoben werden. Die Arbeit, welche die Eingeborenen als Sklaven betreiben wollen, jucken auch die Missionen beiseite zu schieben, weil sie in diesen die Vertreter der Rechte der Neger sehen. Wir wünschen von der Kolonialverwaltung eine Unterstützung der Missionen beider Konfessionen. Den Missionen sollten größere Ländereien zur Kultivierung überwiesen werden. Bei gutem Willen des Staatssekretärs und der Unterstützung des größten Teils des Reichstages wird es möglich sein, diese nationale Kolonialpolitik durchzuführen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Reinath (Natl.): Die Entwicklung unserer Kolonien in wirtschaftlicher Beziehung ist durchaus befriedigend. Wird sie nicht gefördert, so gehen wir einer ereuzlichen Zukunft unserer Kolonien entgegen. Die überraschend großen Einnahmen aus den südwestafrikanischen Diamanten müssen dem Schutzgebiet verbleiben. Die Entwicklung von Deutsch-Südwestafrika hat sich recht gut gestaltet. Das europäische Kapital kann in den Kolonien nicht entbehrt werden, wenn es auch bisher kein glänzendes Geschäft gemacht hat. Die Gefahr der Schlafkrankheit hat in Kamerun und Ostafrika wesentlich zur Entvölkerung beigetragen. In der Beamtenchaft drängen sich eine größere Stabilität ein. Die Missionen haben eine große Bedeutung. Sie sollten sich aber nicht untereinander den Rang streitig machen, sondern gegenseitig ihre Zuständigkeitsphäre abgrenzen. Die Eisenbahnpolitik des Staatssekretärs unterstützen wir tollkühn. Die Kolonien kommen dadurch wirtschaftlich vorwärts. Den Bestimmungen des Staatssekretärs für die Siedelungspolitik kann ich zustimmen. Viele Greuel mögen vorgekommen sein und die Verhältnisse auf den Pflanzungen mögen noch nicht gut sein. Nicht richtig aber ist es, daß daran der böse Wille der Pflanzler schuld ist. Die Pflanzler haben selbst das größte Interesse an einem gut eingearbeiteten Arbeiterstand und wollen die Arbeiter gern ansiedeln. Wir erkennen an, daß unsere Schutztruppe mit kleinen Mitteln Großes geleistet hat. (Sehr wahr.) Für die Entwicklung unserer Kolonien ist unbedingte Stetigkeit zu verlangen. (Beifall.)

Abg. Gotthein (Fortshr.): Für die Kolonien muß möglichst das System der Selbstverwaltung geschaffen werden. Am ersten wird sich das in Südwestafrika durchführen lassen, weil dort viele Weiße sind. Die Gesetzgebung muß sich aber das Reich vorbehalten. Wenn darüber gefaßt wird, daß unsere Kolonien ihre Baumvollwaren in erster Linie aus England beziehen, so liegt das daran, daß unsere Textilmüllerei überhaupt rückgängig ist; das ist die Wirkung unserer Lebensmittelerzeugung. Die Sozialdemokraten sind prinzipiell Gegner der Kolonialpolitik, so daß, wenn es nach ihnen gegangen wäre, heute noch Nordamerika und Kanada von Indianern bewohnt würden. (Sehr gut! und Beifall.) Die erste Bedingung für die Erschließung unserer Kolonien ist der Bau von Eisenbahnen. Die Kautschukplantagen haben sich durchaus bewährt. Es müssen auch schwarze Bauern angesiedelt werden. Für eine wesentliche Verstärkung der ärztlichen Hilfe muß Sorge getragen werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.): Ich freue mich in Erinnerung an frühere Zeiten, einem Teil der Ausführungen des Abg. Gotthein zustimmen zu können. Der ruhige Verlauf unserer Kolonialpolitik ist ein gutes Zeichen für die Entwicklung unserer Kolonialwirtschaft. Auch die sozialdemokratischen Gegner sind ganz anders als die früheren. Die Hausflaverei, die bis jetzt noch 180 000 Köpfe zählte, ist in stetiger Verminderung begriffen und wird in wenigen Jahren ganz verschwinden. Daß die Missionen gefördert werden, wünschen auch wir. Besondere Voracht ist den sogenannten Sachverständigen entgegenzubringen. Die Ueberbrücke aus den Diamantentinnahmen sollte man namentlich für den Eisenbahnbau in Südwestafrika verwenden.

Abg. Mumm (Wirtsch. Bgg.): Kolonisation heißt missionieren. Eine vorzügliche Kapitalanlage sind unsere Kolonialbahnen. Höchst bedenklich ist die hohe Sterblichkeit in den Kolonien. Die Hausflaverei muß unter allen Umständen beseitigt werden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr betragt. Vorher Wahlprüfungen. — Schluß 5 Uhr.

Soziale Rundschau.

* Eine Verhöhnung der Arbeitslosen. Durch die bürgerliche Presse (u. a. auch die „Bad. Presse“) ging letzter Tage folgendes Telegramm:

München, 4. März. Bei zehntausend Arbeitslosen, die München zurzeit zählt, brachte das Arbeitsamt gestern früh bei dem einsehenden Schneefall nur ganze 180 Mann Arbeitswillige zum Schneeschaukeln für die Straßenbahn zusammen.

Diese Nachricht zur Verhöhnung des ehrbaren Spiekers bei seinem Frühstück ist aber in ihrer Tendenz unklar. Unser Münchener Parteiorgan berichtet nämlich über diesen angeblichen Mangel an Arbeitskräften: Der in der Nacht zum Dienstag plötzlich eingetretene starke Schneefall hat manche Verlehrsstörung gebracht. Kein Wunder, daß von allen Seiten die rasche Beseitigung der Schneemassen gefordert wurde, die sich bald in Schlamm verwandelt hatten. Der Schnee war ebenso unerwartet und überraschend gefallen, daß der Apparat für dessen Wegschaffung nicht sofort richtig klappte. Wer hätte abends, als er sich bei Regenwetter aufs Ohr gelegt hatte, daran gedacht, daß früh tiefer Schnee liegt? Diefem Umstande ist es zuzuschreiben, daß gleich in den ersten Morgenstunden die erforderlichen Hilfskräfte trotz der großen Arbeitslosigkeit fehlten.

Das führte nun auch sogleich zu hämischen Bemerkungen gegen die Arbeitslosenfürsorge. Jetzt, wo Verdienstlosigkeit gegeben wäre, blieben die Leute in ihren Betten liegen, um dann die gemeindliche Unterstützung einzukassieren. Tausende wären notwendig gewesen, wenige Hunderte hätten sich gemeldet. Von den frequentanten der Wärmestuben sei die Hilfsarbeit bei der Schneebeseitigung direkt verweigert worden und Organe der Straßenreinigungsanstalt, die Leute zur Arbeit holen wollten, seien verhöhnt worden usw.

Auch da handelt es sich um starke Uebertreibungen. Wichtig und sehr bedauerlich ist allerdings, daß gewisse Elemente, die in den Wärmestuben dominieren, dumme Bemerkungen machten, als ihnen Arbeit angeboten wurde. Allein das Verhalten einiger vielleicht wirklich Arbeitsloser darf nicht verallgemeinert werden. Wenn Arbeit ist, ist es nicht ein Mann zurückgeblieben als es sich, daß die Straßenreinigungsanstalt Leute suche. Und alle später beim Amt Eingetrossenen nahmen sofort freudig die sich bietende Gelegenheit, etwas zu verdienen, wahr. Allein schon um 9 Uhr lief beim Arbeitsamt die Werbung ein, man möge keine weiteren Arbeiter mehr schicken. In verschiedenen Plätzen waren von den Angestellten der Reinigungsanstalt schon vorher zahlreiche Arbeiter angeworben worden, die Beschäftigung gesucht hatten.

Wir sehen uns zu diesen Feststellungen veranlaßt, um nicht wieder die Mär ins Land ziehen zu lassen, in München hätten sich die Arbeitslosen gemeigert, bei der Schneebeseitigung mitzuhelfen. Alle Behauptungen dieser Art sind unklar!

Kommunalpolitik.

Beschwerden über die Zwangserziehungsanstalt in Bretten.

r. Bretten, 6. März. Der Landesverein für innere Mission hat hier vor Jahren eine Anstalt errichtet, die im vergangenen Jahr durch eine Reihe von Gebäuden bedeutend vergrößert wurde. Dieser Anstalt werden hauptsächlich Mädchen im Alter von 16—21 Jahren vom Staat zur Zwangserziehung überwiesen und zwar hauptsächlich solche Mädchen, die sich sittliche Verfehlungen haben zuschreiben können lassen. An der Spitze dieser Anstalt steht ein evangelischer Pfarrer. Ob die Anstalt dem, die Leitung geeignet ist, die Mädchen wieder auf die richtige Bahn zu führen, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Die hiesige Bevölkerung sieht im allgemeinen dieser Anstalt nicht freundlich gegenüber. Die Anstalt lauft in ihrer Umgebung die besten Weiden den Bauern weg und da sie für ihre Grundstücke weder Steuern noch Umlagen bezahlt, so gehen dem Gemeindefiskus gewaltige Summen verloren. Die Mädchen werden in der Hauptsache mit Waschen beschäftigt, so daß auch den hiesigen Wäscherinnen ein gut Teil ihres Verdienstes abgezogen werden. In jüngster Zeit wurde auch eine Filiale der Erziehungsanstalt in der Anstalt errichtet. Durch diese billigen Arbeitskräfte entsteht den Arbeitern und Arbeiterinnen in dieser Branche eine unerwünschte Konkurrenz, der schon vorher niedere Lohn nicht noch mehr herabgedrückt. Es sollte hier von staatlicher Seite einmal eingeschritten werden. Die hiesigen Gewerbetreibenden klagen auch, mit Recht, denn die Anstalt deckt ihren Bedarf hauptsächlich von auswärtig und nur der lächliche Bedarf von Nahrungsmitteln die Fleisch und Brot wird von hier bezogen. Es herrscht nun in den hiesigen Arbeiter- und Geschäftskreisen ein berechtigter Unmut über diese Anstalt, der noch dadurch vermehrt wird, daß die Stadtgemeinde zu allem Ueberflus noch einen jährlichen Zuschuß von 400 M. gibt. Wir sind neugierig, ob in dem diesjährigen Voranschlag wieder diese Summe eingesetzt wird. Sollte das der Fall sein, so dürfte wohl scharfe Kritik im Bürgerausschuß dagegen zu erwarten sein.

Ergebnislose Bürgermeisterwahl in Heidelberg. Die am Samstag vorgenommene Wahl des ersten Bürgermeisters der Stadt Heidelberg ist resultatlos verlaufen. Der bisherige zweite Bürgermeister Wieland erhielt 55 Stimmen, Polizeidirektor Graef (Mannheim) 38 und Raurat Fuchs (Karlsruhe) 19 Stimmen. Für Wieland stimmten geschlossen die Fortschrittliche Volkspartei, die Sozialdemokraten und das Zentrum, für Graef die Nationalliberalen und für Fuchs die liberale Bürgervereinigung. Da die absolute Majorität für eine gültige Wahl 59 Stimmen ist, ist eine Neuwahl erforderlich.

* Von der Volksschule in Durmersheim. Die Gemeindeverwaltung von Durmersheim ist bezüglich der Volksschule in diesem Jahr vor wichtigen Neuerungen. Die Besetzung der Rektorstelle wird auf Ostern erfolgen; mit Beginn des neuen Schuljahres tritt ein Schulrat in Tätigkeit; dazu wird an Stelle der Ortsschulbehörde eine „Schulkommission“ treten nach den Bestimmungen des Schulgesetzes. Durmersheim ist (neben Raftatt) die einzige Gemeinde des Bezirks, die ein Rektorat und einen speziellen Schularzt bekommt.

* Auch einmal Umlageerhebung. Zu den wenigen Gemeinden, die in der Lage sind, ihren Umlagefuß herabzusetzen, gehört Ludwigshafen. Der Bürgerausschuß hat nämlich beschlossen, die Umlage von 30 auf 25 Pf. herabzusetzen. Außerdem wird das Schulgeld auf die Gemeinde übernommen.

* Theaterpläne. Die Nachricht, in Mannheim ein zweites Theater ins Leben zu rufen, wird von dem Direktor des Neuen Schauspielhauses in Königsberg, Josef Geißel, der das neue Mannheimer Theater übernehmen will, bestritten. Das neue Unternehmen, an dem auch der frühere Mannheimer Goffhaus beteiligt ist, hat dem Bürgerausschuß einen Antrag vorgelegt, auf Zustimmung zur Aufnahme eines Anlehens in Höhe von 600 000 M. des Bezirksverbandes für die Gasfernversorgung von Lörrach und Umgebung bei der Stuttgarter Lebensversicherungsbank, sowie auf Uebernahme der vollen Bürg. und Selbstschuldnerhaft für die Kapital- und Zinszahlung.

spieler Ernst Rotmund beteiligt ist, soll völlig unabhängig vom dem Hoftheater unter selbständiger Leitung stehen. Man denkt an ein kleines Haus mit etwa 700 Plätzen.

Gewerkschaftliches.

* Ein nieblüher Christen-Spiegel. In Allenstein tobt seit Wochen ein heftigster Kampf zwischen dem „christlichen“ Bauarbeiterverbande und den katholischen Fachabteilungen, indem „christliche“ Bauarbeiter Berliner aus der Arbeit verdrängen und schließlich wegen „Erpressung“ bestraft wurden. Zu diesem Streite schreibt die „Baugewerkschaft“, das Organ der „christlichen“ Bauarbeiter, vom 1. März:

In Allenstein ist der frühere geistige Führer von „Sich Berlin“ unter die Räder gekommen. Ein selten trauriger Patron dieser Art, der die Geister von Waisenkindern und Armenhausinsassen unterhält und sie lieblich bespricht. Dabei war er ein ganz gefährlicher Partisan, der nicht wenig in die Welt schrieen konnte: Ich bin katholisch, katholisch usw. Sehr oft werden die Menschen bei „Sich Berlin“ darnach beurteilt, mit wieviel Augenkraft und Weite des Mundes sie dieses in die Welt posaunen können. Wir hatten auch richtig geraten, als wir annahmen, daß der „Arbeiter“ das Organ von „Sich Berlin“, seinen Lesern nichts über diese schmierige Geschichte mitteilen würde. Genau so wenig wie über den Kaffierer seines Berliner Vereins, der sogar die gesammelten Gelder für einen Akt unterließ und dafür ein Jahr Gefängnis erhielt. Nur die Splitter im Auge des Nächsten sieht das „Berliner“ Organ, nicht aber den Balken im eigenen Auge. Bei dem verdoebenen Charakter dieses Blattes ist das nicht anders zu erwarten. . . .

Etwas scheint der Herr Sekretär aber doch schon gelernt zu haben: Er sucht abzulenkten. Anstatt seine Mitglieder über die ungemünzten schmierigen Handlungsweise seines ehemaligen Freundes aufzuklären, verdrückt er einen Artikel im „Arbeiter“ über den angeblichen Terrorismus der christlichen Bauarbeiter in Allenstein. Er handelt dabei nach der Taktik, die dort nicht anders sagen, was wahr ist, weil sonst, was du sagst, nichts mehr wert ist. . . .

Sobann: Lieber noch das Geld dafür verwenden, als Verleumdungen schreiben, die sich an die höchsten kirchlichen Autoritäten richten, wie es bei „Sich Berlin“ üblich ist, und die die gesamte Arbeiterchaft, infolge der damit bezweckten Verwirrung, ungemünzt schädigen.

In diesem edel „christlichen“ Tone geht es noch eine Spalte weiter. Das Bild, was die Baugewerkschaft von der „Berliner“ zeichnet, paßt ausgezeichnet auf die M. Gladbacher und, falls sie in diesen Spiegel schauen, würden sie ihre Gesichter wieder erkennen.

* Schwarze Schwindelmänner. Der „Offenburger Jg.“ bringt in Nr. 33 einen Artikel unter dem Titel: „Die roten Schwindelhüter an der Arbeit“. Sie befaßt sich mit dem zur Einleitung der roten Woche von uns herausgegebenen Flugblatt, dem sie vorwirft, es „strotze von Unwahrheiten“. Es gehört schon eine große Portion Frechheit dazu, solches zu behaupten, ohne nachzuweisen, was denn eigentlich unmaßes darin enthalten ist. Die schwarzen Schwindelhüter machen sich die Sache wie immer sehr leicht. Da greift man einige ganz nebensächliche Zahlen heraus, um zu beweisen, daß z. B. in Bayern die christlichen Gewerkschaften stärker seien, als in unserem Flugblatt angegeben wird. Es kommt ja bloß darauf an, was der Schwindelhüter alles unter die Rubrik „christliche Gewerkschaften“ zählt. Da werden ja bekanntlich Gruppen hinzu gezählt, die überhaupt keinen gewerkschaftlichen Charakter haben. Wenn man allerdings die Sache so berechnen, kann ja die angegebene Zahl herauskommen. Es ist aber auch schon längst bewiesen, daß die christlichen Gewerkschaften oft mit Zahlen operieren, die, wenn man die Beitragsleistung in Betracht zieht, sehr viel vermindert werden. Mit solchen Zahlen operieren die roten Gewerkschaften nicht. Bei ihnen wird nur die wirkliche Mitgliederzahl angegeben, welche jederzeit mit der Beitragsleistung verglichen werden kann.

Der Artikel meint dann noch, das Flugblatt befaße sich sehr mit den christlichen Gewerkschaften und mühten die Genossen heillos Angst vor diesen haben. O heilige Einfalt! Wie bodenauer nun, daß die Arbeiterchaft ihre Kräfte unter der christlichen Fahne gesplittert, welche ja nur eine Schiße des vollen feindlichen Zentrums ist. Trotz allem Gesimpfe des christlichen Blattes hat die freie Gewerkschaftsbewegung stets bewiesen, daß sie die einzige wirkliche Vorläuferin der Arbeiterrechte ist. Ihre große Anhängerzahl ist der beste Beweis hierfür, daß die Arbeiterchaft erkannt hat, wo ihre Interessen am besten gehöhrt werden. Wie anders sieht doch das Urteil eines evangelischen Gemeindefreies gegenüber dem der „Offenb. Jg.“ über die freien Gewerkschaften aus. Es heißt da:

„Zeit reichlich drei Jahrzehnten hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung einen glänzenden Siegeszug gehalten. . . . Mit unbestrittener Gewißheit hat diese Gewerkschaftsbewegung alle anderen großen Organisationen weit überflügelt. Somit werden diese Gewerkschaften für das Volksleben zu einem wichtigen Faktor. Kein äußerlich betrachtet bildet diese stoffe Gewerkschaftsbewegung für jeden Arbeiter und jeden Arbeiterfreund Grund zu lebhafter Freude. Das trübe Gerbe von den Arbeiterführern, die sich von den Großen der Arbeiter mühen, darf in den meisten Fällen als ein eultischer Beweis für großen Mangel an sozialem Verständnis und sozialer Befähigung gelten. Die Opferfreudigkeit für seine Berufsinteressen, womit der Arbeiter alle anderen Stände behämt, kann als ein Zeichen von Intelligenz und Solidarität betrachtet werden, als ein Stück praktischen Christentums, insofern die Opfer nur zum geringsten Teil dem besser situierten Arbeiter zugute kommen, meistens den untersten, am schlechtesten entlohnten Arbeiterkategorien. Je mehr ein Arbeiter für seine Organisation zahlt, desto selbstloser handelt er, desto mehr fördert er das Wohl seiner Berufsgenossen und damit selbst Volkes, desto mehr verdient er unsere Achtung. Das muß von allen zugestanden werden, die gerecht und vorurteilslos denken.“

Neues vom Tage.

Von einer Lawine verschüttet.
 Wien, 5. März. Ein großes Unglück ereignete sich im Ortler-Gebiet auf dem Wege von Gomagj zur Paner-Sütte wurde eine militärische Abteilung des 3. Landes-Schützen-Regiments, im ganzen 20 Personen von einer Lawine verschüttet. 15 Mann sind tot, darunter auch der Kommandant des Bataillons Fords. Ein Offizier und 4 Mann konnten sich retten.

Sungerstot.
 Neuhoft, 5. März. 190 Männer und eine Frau aus Industriearbeiterkreisen, die das Recht auf Speisung und Unterbringung in den Kirchen beanspruchten, sind verhaftet worden, als sie in eine katholische Kirche während des Festgottesdienstes eindrangen und großen Lärm verursachten.

Werfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

fratlichen Aufklärung aufgehen wird, die ausreicht, eine andere Gesellschaftsordnung herbeizuführen, die keinen Mord unter den Völkern kennen wird, wie sie auch keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kennt. Wir stehen heute am Beginn der

roten sozialdemokratischen Woche,

wo es moralische, wo es ernste Pflicht jedes Sozialdemokraten, jeder sozialdemokratischen Frau ist, den Samen der Aufklärung in die weitesten Volkskreise zu streuen und deshalb müssen wir es begrüßen, daß uns durch den Frankfurter Prozeß ein Anlaß gegeben ist, der unsere Agitation als Sprengpulver wirken läßt. Ich habe mir in Frankfurt Mühe gegeben, den Richtern unsere Auffassung beizubringen, es war leider der Mühe umsonst, es hat sich gezeigt, daß es keine Möglichkeit, kein Mittel gibt, auf jener Seite Verständnis für unsere Ideen auszulösen. Das bedeutet, daß kein Verständnis, kein Kompromiß möglich ist mit dem Bürgertum. Da gibt es nur eines für uns: Kampf auf Leben und Tod und deshalb werden Sie mit mir das Gefühl teilen, das mich beschlich, als das Gericht nach zweistündiger Beratung mit dem Verdikt herauskam: ein Jahr Gefängnis für die Propaganda des Kirchengebotes: Du sollst nicht töten! Da habe ich mir gesagt, Bravo,

es leben unsere Freunde, die Feinde, mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Der stürmische, nicht endenwollende Beifall, der auf diese mit begeisterter Siegeszuversicht in den Saal gerufenen Worte folgte, zeigte, daß die Rednerin in den Tausenden aus dem Herzen gesprochen. Die Nachthaber haben wieder einmal daneben spekuliert, das bewiesen diese immer und immer wieder einsetzenden Zustimmungsfundgebungen. Wie ein Trugbild, und auch wie ein Gelöbnis klang es, als nun die Arbeiterfänger Uthmanns mächtiges Freiheitsschrei „Lord Felejon“ mit hinreißendem Schwung zum Vortrag brachten. Das Banner bleibt stehen, wenn der Mann auch fällt, in all den Tausenden Herzen erklang dieser herrliche Schluß des Chores mit. — Zur Diskussion meldete sich niemand, so daß Gen. Kolb gegen 12 Uhr diese machtvolle, begeisterte Kundgebung der Karlsruher Arbeiterkraft gegen den Militarismus und für die Volksfreiheit schließen konnte. — Als ersten Erfolg verzeichnen wir eine große Anzahl Aufnahmen in die Partei und neue Abonnenten für den „Volksfreund“.

Was war der Grund?

Wir berichteten in Nr. 53 unseres Blattes vom letzten Mittwoch über den Selbstmord eines Soldaten. Der Unglückliche hatte sich auf der Straße Durlach-Karlsruhe von einem Zuge überfahren lassen, der Kopf wurde ihm vom Kumpfe getrennt. Als Grund wurde Liebeskummer angegeben. So einfach scheint die Sache nun doch nicht zu liegen. Unser Bruderblatt in „Strasbourg“ „Freie Presse“ bringt über den Selbstmord folgende nähere Angaben:

„Es handelt sich um einen Neudorfer Bürgersohn. Wie wir erfahren, vermuten die Angehörigen, daß die Tat nicht aus Liebeskummer geschehen ist. Aus den letzten Briefen (der letzte ist 2 Tage vor dem Unglück geschrieben) geht mit feiner Feile etwas Derartiges hervor; wohl aber, daß die Eltern 950 Mark fenden sollen, weil der junge Mann auf Stallwache geschlafen hat, wo während dieser Zeit ein Pferd die Trenne durchgefressen hat. Man scheint danach von einer Seite den Soldaten schadenerzappflichtig machen zu wollen. Auffallend ist jedenfalls auch, daß der allerletzte Brief, den der Soldat an seine Angehörigen geschrieben hat, den Angehörigen im Original nicht vor die Augen kam, lediglich eine mit Bleistift geschriebene Abschrift wurde von der Militärbehörde ausgehändigt. Eine gründliche Untersuchung, sowie die Aushändigung des letzten Briefes ist unbedingt erforderlich.“

Wir meinen auch, die Militärbehörde hätte alle Ursache über diese Angelegenheit unbedingt vollste Aufklärung zu geben. Mit Vertuschungsversuchen wird nichts erreicht. Die Militärtragödien häufen sich in letzter Zeit derart, daß derartige Vertuschungs- und Beschönigungsmanöver die immer mehr um sich greifende Veuernüchigung und das immer stärker werdende Mißtrauen in der Bevölkerung nur noch vergrößern würde.

Generalversammlung des Lebensbedürfnisvereins.

Der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe hielt Freitag abend im Eintrachtsaal seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Tagesordnung enthielt folgende Punkte: 1. Vorlage des Geschäftsberichts für 1913, Beschlusfassung über die Verwendung des Reingewinns und Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats; 2. Bekanntgabe des Revisionsberichts des Verbandsrevisors; 3. Wänderung des § 16 Abs. 3 der Vereinsstatuten; 4. Wahl zur Erneuerung des Aufsichtsrats.

Der Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl des Vereins im abgelaufenen Jahr sich von 11 243 auf 12 182 erhöht hat. Der Umsatz stieg von 4 192 095,61 M. auf 4 480 088,70 M. und der Reingewinn von 404 184,86 M. auf 421 818,23 M. Der Vorstand schlägt vor, 5 Prozent Zinsen auf Geschäftsguthaben zu gewähren und auf den Markenumsatz 9 Prozent Dividende zu verteilen. Auf die Anwesen Jahresbeiträge 45/47 soll eine Abschreibung von 8200 M. vorgenommen werden. Dem Dispositionsfond sollen 10 000 M. und dem Unterhaltungs- und Ruhegehaltsfond 8212,30 M. überwiesen werden. Der Vorschlag des Vorstandes wurde debattelos einstimmig angenommen. Der Verbandsrevisor hatte nichts zu beanstanden. Gegen die Wänderung des § 16 Abs. 3 der Vereinsstatuten wurde nichts eingewendet. Für unsere Leser dürfte es noch von Interesse sein, zu erfahren, daß nahezu die Hälfte aller Mitglieder ohne weiteres dem Arbeiterstande zuzugählen ist. Um so verwunderlicher ist, daß die Arbeiter demgegenüber gar keinen Einfluß in der Verwaltung und dem Geschäftsbetrieb besitzen, allerdings nur infolge ihrer eigenen Gleichgültigkeit.

Die diesjährige Generalversammlung war die erste, in der sich auch nicht ein einziges Mitglied zum Wort meldete, und in der nicht dem Aufsichtsrat die übliche Lobes- und Dankesymnie gefungen wurde. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: die Herren Karl Geppert, Privatier mit 361 Stimmen, Hermann Hausenstein, Eisenbrecher mit 361 Stimmen, Hermann Hausenstein, Kanzleirat, mit 350, Karl Rängin, Werkführer, mit 360, Engelhardt Mayfarth, Werkmeister, mit 361, Johann Scheiner, Schreiner, mit 360 und Rudolf Ulrich, Werkstättenvorsteher a. D., mit 361 Stimmen, auf je 3 Jahre.

Die Ortskrankenkassenwahlen gültig. Die Wahlen der Versicherten-Vertreter in den Ausschüß der Allgemeinen

Ortskrankenkasse Karlsruhe, die bekanntlich vom Versicherungsamt Karlsruhe seiner Zeit für ungültig erklärt wurden, hat das Oberversicherungsamt Karlsruhe unter Aufhebung jener Entscheidung bestätigt und den Wahlakt für gültig erklärt. In der Hauptsache geht die Begründung des Oberversicherungsamtes dahin, daß die Stimmzettel sämtlicher Wählergruppen den Vorschriften entsprochen hätten und daß der im besonderen beanstandete Stimmzettel des Freien Gewerkschaftskartells Karlsruhe nach den gemachten Erhebungen nicht abfichtlich gekennzeichnet worden sei.

Die längste Stadtratssitzung seit vielen Jahren tagte am Donnerstag, 5. März 1914 unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Siegrist. Dieselbe hatte eine Tagesordnung von 23 Punkten und dauerte von 3 Uhr nachmittags mit einer nach 8 Uhr abends eintretenden Unterbrechung von einer starken halben Stunde bis 1 1/2 Uhr nachts. Wenn die Qualität der gefassten Beschlüsse der auf dieselben verwendeten Quantität von Zeit und Arbeit entspricht, dann kann sich die Bürgererschaft gewiß gratulieren.

* Unfälle. Ein Radfahrer, welcher gestern auf der Ettlinger Straße vor einem nach dem Bahnhof fahrenden Automobil die Straße kreuzen wollte, wurde vom Auto erfasst, zur Erde geschleudert und überfahren. Er trug eine Verletzung am Kopf davon. — Am 28. v. M. war ein verheirateter Schreiner von hier in einem Haus der Kronenstrasse damit beschäftigt, auf einer Hobelbank Messinghülsen mit einem Hammer zu zerhauen. Plötzlich explodierte einer der Hülsen und der Schreiner wurde durch abspringende Metallspalter an der linken Hand derart verletzt, daß er gestern ins städtische Krankenhaus aufgenommen werden mußte. — Ein auf dem Felde der Gemarung B 5 j. 5 a 6 in hilflosem Zustande gestern aufgefundenem vermittelte Invalide aus Gröningen wurde mittels eines Lastwagens nach der Polizeiwache Durlacher Tor und von da auf ärztliche Anordnung mit dem Krankenauto ins städtische Krankenhaus verbracht.

Veranstaltungen.

* 4. Elite-Konzert Eugen d'Albert. Heute Montag, 9. März, abends 7 1/2 Uhr spielt nach 6jähriger Abwesenheit wieder Eugen d'Albert bei uns in Karlsruhe. Der Zubrang zu diesem ganz außergewöhnlichen Kunstgenuss ist begreiflicherweise sehr groß; es wurde daher der sehr geräumige Eintrachtsaal gemietet. In der Hofmusikalienhandlung Hugo Kunz Nachf. sind jedoch auch heute noch Plätze in allen Preiskategorien zu haben, auch an der Abendkasse, die ebenso wie der Saal um 7 1/2 Uhr geöffnet wird.

Letzte Nachrichten.

Kronprinzen-Beleidigungs-Prozess.

Berlin, 7. März. Wegen Beleidigung des deutschen Kronprinzen wurde heute der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Dr. Ernst Meyer von der 4. Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurteilt. In der Begründung des Urteils führte das Gericht unter anderem aus, daß der in Frage stehende Artikel eine Parodie auf den Regimentsbefehl des Kronprinzen an sein Infanterieregiment in Langfuhr darstelle. Das Gericht glaubte, da es sich um eine schwere Beleidigung des Thronfolgers handelt und da der „Vorwärts“ eine sehr weite Verbreitung habe und der Artikel in durchaus hämischer Weise abgefaßt worden ist, von einer Festungsstrafe absehen zu müssen, trotzdem der Angeklagte nicht vorbestraft ist und nachweisen konnte, daß er nicht der Verfasser des Artikels war.

Erfassung für den Grafen Mielczynski.

Wien, 7. März. Das polnische Provinzial-Wahlkomitee für den Wahlkreis Samter-Birnbaum-Dornitz, der durch die Mandatsüberlegung des Grafen Mielczynski vor der Reichstagswahl steht, proklamierte gestern den Krülaten Alois-Kofen als Kandidaten. Deutscher Kandidat ist bekanntlich Herr von Saza-Reditz. Die Wahl findet am 17. März statt.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Paris, 7. März. Die Bergwerksgesellschaft von Montcaux les Mines wird entsprechend dem vor einigen Jahren mit ihren Arbeitern abgeschlossenen Vertrag über ihre Beteiligung am Reingewinn für das abgelaufene Jahr ihren Vergleuten die Summe von 2,1 Millionen Francs zukommen lassen.

Das neue Serbien.

Belgrad, 7. März. In der Verhandlung über die Gesetzesvorlage betreffend das Staatsbudget für 1914 führte der Finanzminister aus, daß man besondere Vorsicht bei der Aufstellung des Eisenbahnbudgets beobachten müsse, da die Regierung nur unzuverlässig über die Steuerkraft der neuen Gebiete informiert sei. Für die Invalidenversicherung, die eine Jahresausgabe von über 7 Millionen Dinar ausmache, sei eine besondere Steuer eingeführt worden. Außer den normalen laufenden Staatsbedürfnissen werde Serbien binnen kurzem an die Befriedigung großer staatlicher, nationaler und kultureller Bedürfnisse schreiten müssen, wozu u. a. der Ausbau des Kommunikationsnetzes in den neuen Gebieten, sowie die Vervollständigung der Armee und die Lösung der äußerst wichtigen Agrarfrage in den neuen Gebieten gehörten.

Belgrad, 7. März. Der König unterzeichnete das Statut betreffend die Kolonisation in den neuen Gebieten. Danach haben Anspruch auf Ansiedelung in den unbewohnten Gegenden serbische Bürger aus diesen Gebieten, sowie jene aus dem alten Staatsterritorium und schließlich Serben und Slawen aus dem Auslande. Den einzelnen Kolonisationsfamilien wird ein Grund von wenigstens 5 Sektaren zugewiesen, außerdem jedem männlichen Familienmitglied je 2 Sektar.

Streikbewegung in Spanien.

Madrid, 7. März. Heute werden die Angestellten der Strakenbahn in Barcelona in den Streik treten. Der Streik wurde bereits seit längerer Zeit erwartet und Geniesoldaten sind mit der Bedienung der Bahn soweit vertraut gemacht worden, daß sie die Wagenführer ersetzen können. Einer Unterbrechung des allgemeinen Verkehrs ist damit vorgebeugt worden. Der Streik in der Zug

JSSAM Die neue vorzügliche 2 1/2 Pf. Cigarette

MAERZ-REKLAME-VERKAUF

Nur diese Woche

Extra-Preise

für

7758

Handschuhe

Geschwister

KNOPF

MAERZ-REKLAME-VERKAUF

Für Brantleier

Neue eigene Schlafzimmern mit 3türig. Spiegelschränken, 10 Kleider u. Weicheng u. Patent Böden für 410 Mark.

Daselbe rich. Schlafzimmern mit 130 cm breit. Spiegelschränken und Patent-Böden für 340 Mark.

Schlafzimmern mit 3türig. Spiegelschränken für Kleider u. Weicheng für 375 Mark.

Pittsch-pine Kühlen-Einrichtung mit Einoleum für 135 Mark. Anzusehen von 2-6 Uhr.

Karl Friedrichstr. 12, 2. St. Karlsruhe (Goldener Adler).

M. Kahn

Händler vertreten!

Die Wohnung muß bis Ende März geräumt sein und gewähre trotz der billigen Preise auf die Schlafzimmern nochmals 50% Rabatt.

Trunksüchtige und deren Angehörige wenden sich an die Beratungsstelle für Alkohol-Kranke im Obergeschoss der Krankenkassenverwaltung 6800 Gartenstrasse 14/16. Kostenfreie Auskunft an jedermann. Sprechzeit von 12 bis 1 Uhr.

Industrie breitet sich immer mehr aus. Die Zahl der Streikenden beläuft sich bereits auf mehr als 10 000.

Das neue Gottesgnadentum.

Durazzo, 7. März. Der Taurus mit dem Fürsten und der Fürstin von Albanien an Bord, ist um 2.50 Uhr eingetroffen. Er wurde mit Artillerie-Salven und Hochrufen seitens der Bevölkerung begrüßt. Der Fürst und die Fürstin haben sich um 3 Uhr unter erneuten Ehrensalven an Land begeben.

Protest gegen den Indemnitätsbill.

Johannesburg, 7. März. Nach Privatmeldungen aus London haben die Transportarbeiter, die Arbeiter in der Metallindustrie und die Gewerkschaft der Dockarbeiter auf einer Konferenz in London sich auf den Beschluß geeinigt, als Protest gegen die Indemnitätsbill sich zu weigern, sich mit südafrikanischen Einfuhr- und Ausfuhrsgütern zu befassen. Ferner wird mitgeteilt, daß ein Meinungs-

tausch mit dem Internationalen Gewerkschaftsverband in Berlin stattgefunden habe.

Johannesburg, 7. März. Ein Redner in einer Arbeiterversammlung hat die Nachricht bestätigt, daß mit gewissen britischen Gewerkschaften Unterhandlungen über einen Boykott südafrikanischer Güter im Gange sei.

Beendeter Fleischerstreik.

Sidney, 7. März. Der Streik im Fleischergewerbe ist beigelegt. Die Arbeiter kehren wesentlich zu den alten Bedingungen zur Arbeit zurück. Ihre Forderungen werden an das Einigungsamt verwiesen. Die Gewerkschaften verpflichteten sich, in Zukunft das Einigungsamt anzurufen, ohne die Arbeit einzustellen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luitpoldstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. Arbeiter-Frauentag. Heute Montag Abend präzis halb 9 Uhr Singstunde. Keine Sängerin darf fehlen. Mittwoch Abend Mitwirkung beim Fräulein im Reinen Festhalsesaal. 7762

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Abt. Südstadt.) Heute Montag Abend nach dem Turnen Versammlung im „Auerhahn“.

Kartoffel, wohlfeil und gut. In seltener Harmonie findet man diese Eigenschaften vereinigt bei Maggis Suppen („Schuhmarke „Kreuzstern“) in Würfel zu 10 Pf. für 2-3 Keller. Man braucht sie nur kurze Zeit und ohne irgend eine andere Zutat als Wasser zu kochen, und eine wohlschmeckende, nahrhafte und leichtverdauliche Suppe, die von der hausgemachten nicht zu unterscheiden ist, steht auf dem Tisch. Aus der reichen Auswahl von über 40 Sorten seien nur genannt: Familien-, Bindvor-, Radel-, Kartoffel-, Blumenkohl-, Erbs mit Reis-, Pilz-, Rumpfsuppe. Die rasche einfache Zubereitung bietet ferner den Vorteil der Ersparnis an Brennmaterial.

Residenz-Theater KARLSRUHE Waldstr. 30 Telephon 1417.

Programm bis inkl. Freitag, 13. März Doppel-Premieren-Programm!

Das Kind ruft. 7736

Mimisches Drama in einem Vorspiel und 2 Akten. In der Hauptrolle: Asta Nielsen.

„Heimatlos!“ Nach dem berühmten Roman „Sans famille“ von Hector Malott. Die kleine Maria Fromet bekannt durch ihre Darstellungen aus „Menschen unter Menschen“ und „Lebendig tot“ spielt die Hauptrolle.

Größere Posten bessere Herrenkleiderstoff-Reserve Kaiserstr. 133

Möbel enorm billig. 1 tüchtig Kleiderschrank 15 Mk. Polierter Chiffonier 38 Mk. Schreibtische, eleg. 35 Mk. Zimmerschrank, groß 30 Mk. Plüschgarnitur, eigen 16 Mk. Tisch-Diamant, eleg. 35 Mk. Uhrentisch, gut gearb. 24 Mk. Buffet, hochfein 120 Mk. Eisen Bettstellen von 8 Mk. an.

Sür Brautleute gütigste Bezugsquelle in kompletten Einrichtungen. Anerkannt billig und gut. Möbelhaus Werner Schloßplatz 13, 7593 Eingang Karl-Friedrichstraße.

Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.

Frauentag

Mittwoch, 11. März, abends 8 Uhr, im kleinen Saal der „Festhalle“

Frauen-Versammlung

Vortrag von Frau D. Gradnauer aus Dresden über: Die Frau und die Politik.

Hierzu heißen wir alle Frauen und Mädchen willkommen. Eintritt frei. Saalöffnung 1/8 Uhr. Der Vorstand.

Ant- und Brennholz-Versteigerung.



Dienstag den 10. März, vormittags 9 Uhr, werden auf dem Wirtschaftsplatz im Stadtpark: 1 Gleditschie, 4 Ulmen, 1 Kiefer, 4 Pappeln, 4 Platanen, 8 amerikanische Eichen, 1 Bergahorn, 2 Birnstämme, 6 Eter Kastanien und 4 Eter gemischtes Scheitholz und am gleichen Tage, vormittags 1/10 Uhr, im Beierheimer Wäldchen bei der Südbendstraße: 5 Pappeln, 2 Kastanien, 1 Ulme und 1 Birnstamm ferner am gleichen Tage, vormittags 1/11 Uhr, im Bannwald bei der früheren Militärschwimmhalle bezw. bei der Gießstraße: 6 Eichen, 1 Eiche und 14 Eter gemischtes Scheitholz gegen Barzahlung öffentlich versteigert. 7757 Karlsruhe, 6. März 1914. Städt. Gartendirektion.

Residenz-Theater Durlach im „Grünen Hof“.

Programm für Montag den 9. und Dienstag den 10. März ununterbrochen von nachm. 4 bis abends 11 Uhr

Die neuesten Weltereignisse. Truppe Rayes, Variété-Nummer.

Die Waise Drama in 4 Akten, prachtvoll koloriert, spielt an der Riviera, wunderbare Naturscenen.

Maxens Hut, Humoreske, in der Hauptrolle Max Linder, der Liebling der Kinobesucher.

Christian untersucht die Gasleitung, tolle Posse.

Liebesbriefe kleine Komödie.

Der kluge Detektiv, spannendes Wildwest-Drama.

Ausflug in Südosterreich, interessante Naturaufnahmen. 7765

Die erste Saison

im neuen Hause eröffnen wir am Montag, den 9. März durch eine Ausstellung welche nahezu alle Abteilungen des Hauses umfaßt. Wir waren bemüht, von Dem, was das In- und Ausland an Schönerm u. Neuem bringt, ein möglichst großes und prächtiges Sortiment zusammenzustellen. Das zeigen schon die Schaufenster, welche in je einer Modifarbe abgetönt, künstlerische Arrangement aller der Artikel zur Schau stellen, die von der Mode bevorzugt werden. Im Innern des Hauses vereinigen sich die Spezial-Ausstellungen der verschiedenen Abteilungen zu einem interessanten und geschmackvollen Gesamtbild. Es würde zu weit führen, hier auf alle Einzelheiten der Ausstellung einzugehen, wir empfehlen daher, sich durch einen Rundgang durch die verschiedenen Etagen zu überzeugen, daß es sich bei der Eröffnung der ersten Saison in unserem neuen Hause um eine Veranstaltung handelt, die allgemeiner Beachtung wert ist. Hermann Tietz Karlsruhe.

Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 18. März, 1914, vorm. von 9 Uhr u. nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungslokal des Leihhauses: Schwabenstr. 6, 2. Stock, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 14597 bis mit Nr. 16996 gegen Barzahlung statt. Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Masse bleibt am Versteigerungstag sowie am Nachmittag des vorhergehenden Tages geschlossen. 7748 Karlsruhe, 7. März 1914. Städt. Pfandleihkasse.

Vermietung der Rehballsportplätze.

Donnerstag den 12. März, abends 6 Uhr, findet die Vermietung der drei Rehballsportplätze im Stadtpark durch öffentliche Versteigerung statt. Zusammenkunft in der Restaurationshalle im Stadtpark. Die Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben; von denselben kann auch vorher auf unserm Büro, Gießstraße 6, Einsicht genommen werden. 7766 Karlsruhe, 6. März 1914. Städt. Gartendirektion.

Antrieb von Fahrzeugen

Der Antrieb von 40 Fahrzeugen unseres Betriebes soll vergeben werden. 7692 Schriftliche Angebote sind unter Verwendung der besonderen Vorbrücke verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens Freitag, d. 13. März 1914, vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. Die Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer Nr. 116 zur Einsicht auf, wo auch die Angebotsvorbrücke abgegeben werden. Städtisches Tiefbauamt.

Ungewöhnlich

ist die Wirkung meiner Anzeige der begonnenen
Ausstellung für Frühjahrs-Neuheiten
Die geschmackvolle Aussen- und

Innen-Dekorationen

der Neuheiten in Damen- und Kinder-Konfektion, Damen-Putz, Kleiderstoffe und Modewaren werden mit großem Interesse besichtigt und finden nicht nur die prächtigen Formen und Farbentöne, sondern auch die reizenden Dessins vom elegantesten bis zum einfachsten Genre großen Beifall.

Diesem Arrangement gebe ich ein besonderes Gepräge, indem ich alle Frühjahrsneuheiten einem

Sonder-Verkauf

zu bedeutend ermässigten Preisen
für 3 Tage

Montag Dienstag Mittwoch

unterstelle, wodurch ich meiner Kundschaft bedeutende Vorteile biete.

Moden-Haus

Die Ausstellung

findet in der
ersten und zweiten Etage
meines Hauses statt.

Landauer.

Pfannkuch & Co

Weiterer

Eier-

Abschlag

Weitere Waagons
von den Produktions-
ländern, sachmännlich
durchleuchtet u. sortiert

**Vollefrische
Trink-Eier**

extra schwer,
gestempelt

10 Stück 78

Extra große, sortierte
frische

Sied-Eier

10 Stück 73

Frische

Roch-Eier

10 Stück 68

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekanntesten
Verkaufsstellen

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe

Bähringerstraße 100 - Telefon 629.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:

- Für Karlsruhe:**
- 1 junger Buchbinder (Wald-einrahmer),
 - 1 jg. Zimmerdekorator, Polsterer und Dekorateur,
 - 2 Polsterer,
 - 2 junge Sattler und Tapeziere,
 - 2 tüchtige Stundenschneider, 25jährig,
 - 2 junge Metzgergesellen,
 - 12 junge Schneider auf Woche,
 - 8 tüchtige Großhutmacher,
 - 5 Uniformschneider,
 - 2 Schuhmacher auf neue Arbeit,
 - 3 jg. Schuhmacher auf Sobli u. Fed.
 - 6 junge Friseurgehilfen,
 - 2 Wagenlackierer,
 - 2 Kupferschmiede,
 - 1 Fabradmechaniker, 7755
 - 2 Elektromonteur,
 - 1 Bolzgatterfeger,
 - 3 junge Schreiner auf Möbel,
 - 1 Holzmachinarbeiter (Fräser)
 - 1 Fuß- und Wagenschmied.
- für auswärts:**
- 6 junge Gärtnergehilfen,
 - 1 Härbler (Roh- und Chemisch),

Berufsberatung für Mädchen.

Die Mädchenfürsorge des Bad. Frauenvereins, welche armen oder gefährdeten Mädchen zu einem ehrbaren und auskömmlichen Lebensberufe verhelfen will, hat dieses Jahr über 200 Mädchen in ihren Schutz aufgenommen. Um auch Eltern und Vormündern, die nur vorübergehend Auskunft und Belehrung, Rat und Hilfe bei der Berufswahl für ihre Töchter bedürfen, Beistand zu leisten, stellen sich die Frauen des Vorstandes mit ihrer langjährigen Erfahrung zur Verfügung am Montag, den 9., Dienstag, den 10. und Mittwoch, den 11. März, jeweils von 6 bis 8 Uhr abends im Frauenvereinsgebäude Gartenstraße 49. Im Interesse der Mädchen sind Eltern und Vormünder freundlichst eingeladen, diese Gelegenheit zu benutzen. 7717

Bekanntmachung.

Den Vorschlag der Stadtgemeinde Karlsruhe für das Jahr 1914 betr.
Der Vorschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde Karlsruhe im Jahre 1914 liegt gemäß § 20 der Städteverordnungsverordnung zur Einsicht aller Beteiligten vom 10. März ds. J. ab während 8 Tagen auf dem Geschäftszimmer der Registratur, Rathaus 2. Stock, Zimmer Nr. 74. nördlicher Seiteneingang, auf.
Karlsruhe, den 7. März 1914. 7762

Der Stadtrat:
Siegfried

1,1 Belgische Riesen, Dünn,
trächtig, für 8 Mk. zu verkaufen.
Hinterheim, Guttenstr. 5.

Bekanntmachung.

Das städtische Erholungsheim auf der Friedrichshöhe in Baden-Baden soll am 16. März ds. J. wieder eröffnet werden.

In dem Erholungsheim finden solche in Karlsruhe wohnenden und soweit Platz vorhanden ist auch auswärts wohnenden weiblichen Personen Aufnahme, die

1. wenn auch noch krank, doch nicht mehr bettlägerig sind, keiner regelmäßigen ärztlichen Behandlung mehr bedürfen, aber zur Genesung Ruhe, frische Luft, Sonne und gute Verpflegung notwendig haben; ausgenommen sind solche, die an einer ansteckenden Krankheit, Tuberkulose oder Geisteskrankheit leiden;
2. durch Berufsarbeit oder häusliche Sorgen Ermüdungs-Zustände haben und des Ausruhens und der Erholung bedürfen;
3. körperlich schwach veranlagt sind und der Kräftigung des Körpers bedürfen.

Es werden Frauen und Mädchen aller Stände aufgenommen, die die Kosten entweder selbst bestreiten oder aus irgend einer Quelle oder einem Fonds erhalten. Die Tage beträgt für in Karlsruhe wohnende Personen 2.50 Mk. für Auswärtige 3 Mk. für den Tag.

Geheime um Aufnahme sind bei der Direktion des städtischen Krankenhauses hier vorzubringen. 7754

Die Krankenhausschulung:
Dr. Forstmann. Raab,

Fertige Betten und Matratzen, sowie auch alle Zubehörtteile kaufen Sie vorzuziehen im Kaufhaus Zapf Zell a. H.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 28. Februar bis 2. März: Friedrich Ludwig, Vater Friedrich Klusch, Wagenführer. Wilhelm Heinrich Emil, Vater Wilhelm, Spezereihändler. Theodor Alexander Thomas, Vater Professor Theod. Rehbach, Oberbaurat. Helmut Robert, Vater Wilhelm Schneider, Monteur. Irma Anna, Vater Josef Wächter, Schlosser. Anna, Vater Franz Gundlach, Monteur. Anna Maria, Vater Gottfried Mensch, Zimmermann.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 24. Februar bis 2. März: Karl Christian, V. Hippolyt Langolf, Tagelöhner. Maria Luise, V. Franz Fabrikarbeiter. Hermann Julius, V. Max Vater, Fabrikarbeiter. Ella Emma Lina, V. Franz Christof Wadershäuser, Schlosser.

Eheschließungen vom 28. Febr. und 5. März: Anton Edel, geschiedener Tagelöhner von Neuthard, Amt Bruchsal, und Karoline Christiane Ilg von Dellbronn, Rudolf Karl Dählinger, Maschinenchlosser, und Karoline Jakobine Maier, beide von hier.

Todesfälle vom 28. Februar bis 3. März: Christian Buchinger, Fabrikarbeiter, 84 J. alt. Jakob Friedrich Reichert, Schuhmacher, Ehefrau, 62 1/2 J. alt. Maria Magdalena geb. Richter, Ehefrau des Ludwig Wilhelm Goldschmidt, Geburt. 52 1/2 J. n. Friedrich Karl Schäfer, Fabrikarbeiter, Ehefrau, 55 1/2 J. n. Josef Hilke, Durlach, lediger Bauarbeiter, 21 J. 1 M. alt.

Lager sämtlicher Sorten

Ober- u. Sohlenrindleder-
Abfälle per Paar von 60 J.
Küder von 40 J. an
sowie Rahmen und Flecke bei

Eugen Klemm

Durlach, Pfingststraße 90.
Haltestelle neue Bahnhofstraße.

Pfannkuch & Co

Abschlag!
Holländer

Rotkraut

pro Kopf 20

Blumenkohl

pro Kopf 15 und 17

Kartoffeln

3 Pfd. 15
10 . 45

Neue Malta

3 Pfund 30
10 . 95

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekanntesten
Verkaufsstellen